

#### Braunkohlenbergbau und Siedlungsentwicklung in Mitteldeutschland

Nachdem in Mitteldeutschland bis weit in das 19. Jahrhundert hinein dörfliche und kleinstädtische Siedlungsstrukturen verbreitet waren und selbst Großstädte wie Leipzig (1834 – 46.294 Einwohner) und Halle (1830 – 25.546 Einwohner) über aus heutiger Sicht überschaubare Bevölkerungszahlen verfügten, wurde die sich entwickelnde Braunkohlenindustrie gebietsweise zum maßgeblichen Faktor für die Siedlungsentwicklung. Dies betraf mit den Räumen Meuselwitz-Rositz, Borna, Zeitz-Weißenfels, dem Geiseltal und dem Raum Bitterfeld-Gräfenhainichen in erster Linie die historischen Kernreviere. Dabei reichen die Befunde von einer Beförderung des Siedlungswachstums über umsiedlungsbedingte kulturlandschaftliche Verluste und Entwicklungsbrüche in der Wendezeit 1989/90 bis zu neuen Chancen in unseren »Landschaften nach der Kohle« und den absehbaren Auswirkungen von Kohleausstieg und Strukturwandel.

Nahezu bedeutungslose Bauerndörfer entwickelten sich, befördert durch die umgehende Industrie, innerhalb von wenigen Jahrzehnten zu »Industriedörfern« mit mehreren Tausend Einwohnern, wobei sie oft zugleich Standorte der Braunkohlenveredlung (Brikettfabriken) und Wohnorte für die Bergleute bildeten. Die Anzahl der Arbeitskräfte im Geiseltal, die von 1.522 Beschäftigten 1910 über 9.230 Arbeitnehmer 1920 auf 12.340 Bergleute 1960 – Höhepunkt der Abbauentwicklung – stieg, verdeutlicht die Entwicklung anschaulich. Einige Beispiele für die gewachsenen Einwohnerzahlen zwischen 1840 – als vorindustrielle »Momentaufnahme« – und 1920 – mit weitgehend ausgeprägter Braunkohlenindustrie – unterstreichen dies:

 In Bitterfeld vergrößerte sich die Bevölkerung von 3.600 auf 16.600, in Holzweißig von 200 auf 6.500 und in Greppin von 300 auf 4.400.

Zschornewitz, Kraftwerk und Kolonie, 2016



Demgegenüber war im relativ benachbarten, aber von der Braunkohlenindustrie nicht erfassten Bad Düben im gleichen Zeitraum ein Rückgang von 3.700 auf 3.300 Einwohner zu verzeichnen.

- In Borna wuchs die Einwohnerzahl von 3.700 auf 15.000, in Meuselwitz von 1.500 auf 7.500, in Rositz von 170 auf 3.000, in Regis von 560 auf gleichfalls 3.000 und in Wintersdorf von 1.000 auf 2.700. Demgegenüber blieben auch hier außerhalb des Kernreviers liegende Gemeinden mit vergleichbarem Ausgangsniveau deutlich zurück (Frohburg von 2.500 auf 4.000).
- In Hohenmölsen erhöhte sich die Zahl der Bewohner von 1.300 auf 4.000, in Zeitz von 10.000 auf über 30.000 und in Teuchern von 1.400 auf 5.000. Hier bietet sich zum Vergleich die Stadt Eisenberg im Freistaat Thüringen an, deren Bevölkerungswachstum von 5.000 auf 12.000 weitaus weniger dynamisch erfolgte.
- Auch im Geiseltal vollzog sich ein rasantes Siedlungswachstum (z. B. Bergarbeitersiedlung Neubiendorf, 1919 gegründet, 1929 bereits mit 1.000 Einwohnern), das auch Städte und Gemeinden wie Mücheln, Braunsbedra, Krumpa und Großkayna in zu den anderen Teilrevieren vergleichbaren Größenordnungen erfasste.

Weit über eine bloße lokale Umverteilung der Bevölkerung hinaus folgten **Zuwanderungen** bergbauerfahrener Menschen aus vielen Teilen des Deutschen Reiches und Europas, unter anderem aus Bayern, Schlesien, Nordböhmen, Galizien, Polen, der Slowakei, Kroatien und Italien, dem »mitteldeutschen Berggeschrey« und brachten ihre kulturellen Spezifika mit, die etwa für Deutzen und Bitterfeld gut belegt sind und bis heute im örtlichen Brauchtum, Familiennamen oder starken katholischen Kirchgemeinden im »evangelischen Stammland« fortleben. Werkssiedlungen wie in Zschornewitz, Lobstädt, Profen oder Zechau boten oft anspruchsvolle architektonische Ausdrücke dieser Entwick-

Zschornewitz, Gartenstadt mit saniertem Werkswohnungsbestand



lung, die aufgrund ihres meist nicht mehr zeitgemäßen Zuschnitts mitunter Leerstand und Verfall preisgegeben sind, wobei das Beispiel der sanierten Kolonie Zschornewitz gegenteilige Zeichen setzt.

Nachdem mit dem Aufkommen der ersten größeren Tagebaue gegen Ende des 19. Jahrhunderts gerade in den Teilräumen Bitterfeld, Borna, Meuselwitz, Zeitz-Weißenfels und Geiseltal bereits Siedlungen in unmittelbare Randlagen zu den Gruben mit Beeinträchtigungen der Lebensqualität durch Lärm und Staub gerieten, traten in den 1920er Jahren die ersten **Umsiedlungen** in Erscheinung, die die Teilreviere in Mitteldeutschland in der Folgezeit in unterschiedlichen Dimensionen erfasste:

- Im Raum zwischen Bitterfeld, Gräfenhainichen und Edderitz traten bergbaubedingte Ortsverlegungen frühzeitig und bis in die 1980er Jahre hinein mit insgesamt fast 7.000 Betroffenen in Erscheinung.
- Dagegen setzten Umsiedlungen im Nordraum Leipzig erst in den 1970er Jahren ein und betrafen hier reichlich 1.000 Menschen.
   Das Ende der DDR verhinderte weit darüber hinausgehende Folgen.
- Der Südraum Leipzig wurde von Anfang an durchgängig bis nach 1990 durch Umsiedlungen geprägt, die fast 22.000 Menschen, davon über 15.000 in den Bereichen Espenhain und Zwenkau, betrafen.
- Im Raum Altenburg-Meuselwitz setzten Umsiedlungen schon früh ein und endeten in den 1950er Jahren, es wurden über 3.000 Menschen erfasst
- Das Zeitz-Weißenfelser Revier war frühzeitig und bis nach 1990 fortdauernd durch Ortsverlagerungen mit über 6.000 Menschen gebrägt.

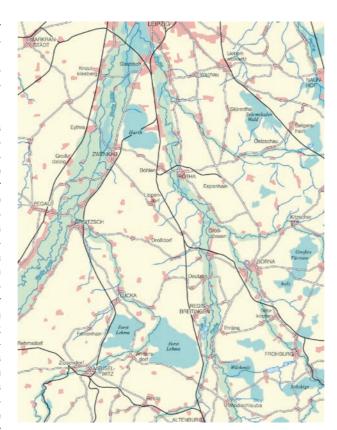
Rackwitz, Ersatzquartiere für Schladitz in der »Siedlung«



- Im Geiseltal begann das Umsiedlungsgeschehen ebenfalls sehr zeitig und lief in den 1970er Jahren aus, wobei hier auf vergleichsweise engem Raum fast 12.000 Menschen betroffen waren.
- Eine Besonderheit bildete der Raum Nachterstedt mit der gleichnamigen Ortslage, die zwischen 1925 und der Gegenwart mehrfach betroffen war; insgesamt betraf das über 3.000 Menschen.

Nach massiven Zerstörungen und Einwohnerverlusten im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges wurde der rasch anwachsende Arbeitskräftebedarf in Verbindung mit den zunehmenden Auswirkungen bergbaubedingter Umsiedlungen zwischen 1950 und Ende der 1980er Jahre abermals zum Impuls für eine Siedlungsentwicklung, die nunmehr schwerpunktmäßig auf Wohnungsneubauten in Plattenbauweise setzte. Auch durch den Bedarf anderer Industriezweige, insbesondere der Chemischen Industrie und des Uranbergbaus der SDAG WISMUT, generierte Anforderungen führten dazu, dass Mittelstädte wie Bitterfeld (33.000 [1950]), Delitzsch (28.000 [1988]), Borna (24.000 [1985]), Altenburg (56.000 [1981]), Zeitz (48.000 [1950]) oder Merseburg (51.000 [1981]) in diesem Zeitintervall ihre historisch höchsten Einwohnerzahlen erreichten. Besonderheiten jener Zeit bildeten einerseits die späten Stadtrechtsverleihungen etwa in Böhlen (1964) oder Kitzscher als Wohnstadt für das nahe Kraftwerk Thierbach (1974), andererseits das erst in jüngster Zeit beendete Kuriosum von Braunsbedra (Stadtrechtsverleihung am 5. Juli 1993) als mit rund 10.000 Einwohnern »größtes Dorf« der früheren DDR. Dem gegenüber blieben die ausgedehnten Kippenflächen, die im Ergebnis der vorwiegend landwirtschaftlichen Rekultivierung der Tagebauflächen entstanden waren, siedlungsfrei. Zwar wurden insbesondere in den 1980er Jahren mehrfach Überlegungen zur Etablierung neuer Siedlungen mit landwirtschaftlicher Funktionsorientierung angestellt, letztlich im Unterschied zum Rheinischen Braunkohlenrevier mit den dortigen »Schirrhöfen« aber nie verwirklicht.

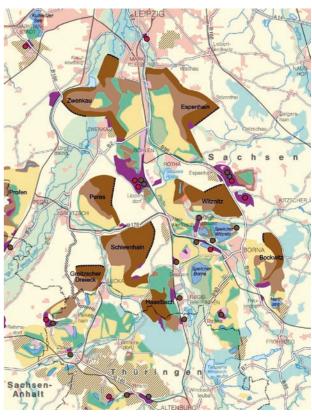
Vielerorts wurden historisch gewachsene Verkehrstrassen unterbrochen bzw. nicht adäquat ersetzt, wodurch es zu Sackgassenlagen wie in Zwenkau oder zum Verlust teilweise über Jahrhunderte bestehender Verbindungen, wie etwa zwischen Hohenmölsen und Pegau im Tagebaubereich Profen oder zwischen Neukieritzsch und Kahnsdorf im Tagebaubereich Witznitz, kam. Besonders dramatisch war die teilumsiedlungsbedingte Reduzierung von Siedlungskörpern in Bündelung mit Straßen und Bahntrassen sowie verlegten Flüssen auf »Trassenkorridore«, wofür das verbliebene Siedlungsband im Bereich Gaschwitz-Großdeuben typisch ist. Langjährige Lagen von Dörfern in Bergbauschutzgebieten mit Entwicklungsnachteilen durch untersagte oder unterlassene Investitionen sowie Wegzüge von Menschen, die keine Lebensperspektive am Ort mehr sahen, »unter dem Teppich« gehaltene Akzeptanzprobleme und zuweilen an Enteignungen grenzende Entschädigungsregularien kennzeichneten Entwicklungen, die im Bewusstsein von Betroffenen nicht selten bis heute nachwirken. Dörfler wurden vielfach zu Städtern; das seit den 1980er Jahren im damaligen Bezirk Leipzig praktizierte und durchaus progressive Prinzip eines Naturalersatzes für in Anspruch genommene Immobilien überforderte die verfügbaren Baukapazitäten und musste folgerichtig im Ansatz stecken bleiben.



Südraum Leipzia vor Beginn des industriellen Bergbaus, 1890

In den1980er Jahren vorangetriebene »Geheimplanungen« hätten bei ihrer Realisierung unter anderem im Südraum (Weideroda, Elsteraue Süd) und Nordraum Leipzig (Delitzsch-Süd, -Nordwest), östlich von Halle (Hatzfeld) und im Bereich Bad Düben-Wildenhain zu einer Vervielfachung von Umsiedlungen mit Inanspruchnahmen selbst von Kleinstädten wie Pegau, Groitzsch oder Zwenkau geführt. Gebietsweise bestanden auch in Nachwendezeiten noch Abbauambitionen durch das Land Sachsen-Anhalt (Sicherung des Feldes Lützen als Vorranggebiet für die Rohstoffgewinnung im Landesentwicklungsplan 2010 unter Einschluss des Südfelds mit der Ortslage Röcken und der dortigen Nietzsche-Gedenkstätte) bzw. durch die MIBRAG mbH für die Egelner Mulde, wo auf 76 Quadratkilometern Fläche mehr als eine Milliarde Tonnen Braunkohle bis in 330 Meter Tiefe lagern. Diese Pläne wurden allerdings bald darauf, nicht zuletzt angesichts fehlender Wirtschaftlichkeitsaussichten und Akzeptanzgrundlagen, komplett und endgültig zu den Akten gelegt.

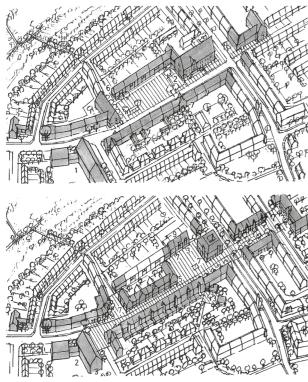
Im Zuge der politischen Wende, der Wirtschafts- und Währungsunion und der Deutschen Einheit 1990 änderten sich die Rahmenbedingungen für die Siedlungsentwicklung mit dem raschen Bedeutungsverlust der Braunkohlenindustrie und den dadurch bedingten **Strukturbruch** grundlegend:

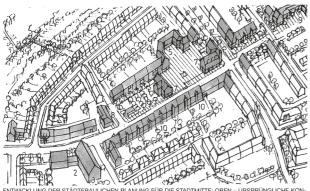


Südraum Leipzig, Bergbausituation 1990

- Für die weitaus überwiegende Zahl bis dahin in Bergbauschutzgebieten liegender Ortslagen erledigte sich die Umsiedlungsbedrohung durch die Stilllegung von Tagebauen, verbreitet noch 1990, stellenweise bis 1993.
- Entschädigungen wurden fortan nach den Prinzipien des Bundesberggesetzes geleistet, was einerseits zu mehr Eigentumsgerechtigkeit führte, andererseits neue Ungleichbehandlungen gegenüber früher Umgesiedelten aus den gleichen Ortslagen schuf.
- Mit der energie- und strukturpolitischen Grundentscheidung zur Fortsetzung des aktiven Abbaus in den Tagebauen Profen und Vereinigtes Schleenhain wurde deutlich, dass Umsiedlungen auch in Zukunft nicht komplett auszuschließen sein würden.
- Die Beispiele Schwerzau und Großgrimma im Zeitz-Weißenfelser Revier zeigten, dass unter den veränderten Bedingungen sozialverträgliche und in letzterem Falle vorzeitige Ortsverlagerungen mit hoher Akzeptanz erfolgen konnten.
- Andererseits standen den Betroffenen heute alle rechtsstaatlichen Wege zur Verfügung, um, wie im Fall Heuersdorf praktiziert, politische und Verwaltungsentscheidungen einer gerichtlichen Überprüfung zuführen zu können.

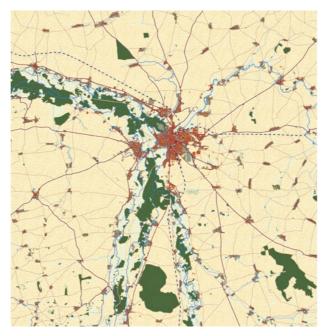
Ein besonderes Kapitel bildeten Restriktionen durch oft jahrzehntelange Tagebaurandlagen und **Umsiedlungsbedrohungen**, die mitunter





ENTWICKLUNG DER STÄDTEBAULICHEN PLANUNG FÜR DIE STADTMITTE: OBEN – URSPRÜNGLICHE KONZEPTION AUS DEN 40ER JAHREN NACH BEBAUUNGSPLÄNEN VON C. SCHIEMICHEN VOM JULI 1941; MITTE STÄDTEBAULICHER RAHMENPLAN STADTMITTE, BÜDR DFÜR STADTPEJANUNG PETER SCHMELZER, RÖTHA 1993; UNTEN – VORHABENS- UND ERSCHLIESSUNGSPLAN, PLANUNGSBÜRO HÜTTNER, LEIPZIG BAUVORHABEN I SCHULZE, 2 RATHAUS, 3 GATSTÄTTE, 4 KINO, 5 HOTEL, 6 POST, 7 WOHN- UND GESCHÄFTSHAUS, 8 APOTHEKE (UMBAU), 9 SUPERMARKT, 10 SOGENANTIE LADENSTRASSE, 50ER JAHRE

Kitzscher, Entwicklung der städtebaulichen Planung



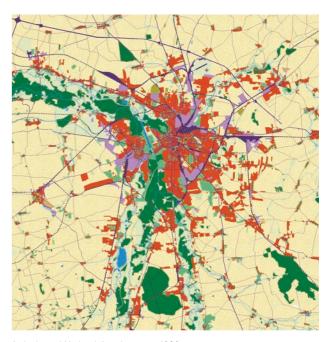
Leipzig und Umland, Landnutzung 1850

auch in Kombination auftraten und im Laufe der Zeit zu Erosionen der Dorfgemeinschaften mit zunehmender Überalterung und einer gleichzeitigen Ausdünnung jüngerer, sozial aktiver Jahrgänge geführt hatten. Diese Entwicklung ist besonders anschaulich an den Beispielen Störmthal (1965: 750, 1990: 470 Einwohner), Oelzschau (850/480) und Pötzschau (670/270) im Tagebaubereich Espenhain zu belegen (KABISCH/LINKE 2000).

Nachdem im Ergebnis der politischen Wende 1989/90 für die weitaus meisten umsiedlungsbedrohten Ortslagen eine Bestandsgarantie zustande kam, verblieben in der Region Leipzig-Westsachsen zwei glücklicherweise jeweils auf wenige Einzelfälle beschränkte Problemgruppen:

- In Werbelin (Tagebau Delitzsch-Südwest), Schladitz (Breitenfeld) und Bockwitz (Bockwitz) war der Umsiedlungsprozess bereits so weit fortgeschritten, dass dessen Umkehrung praktisch nicht mehr möglich war. So wurden Dörfer zu Wüstungen, ohne dass die frei gewordenen Flächen anschließend bergbaulich in Anspruch genommen wurden.
- Dagegen gelang es in Sausedlitz (Goitzsche, Feld Rösa 1990/91), Kieritzsch (Peres – 1991), Langenhain (Groitzscher Dreieck – 1991) und Dreiskau-Muckern (Espenhain – 1993), die Umsiedlungen in jeweils fortgeschrittenen, bereits durch Verfall, Teilabrisse und Einwohnerrückgänge auf Bruchteile des Ausgangsniveaus geprägten Stadien zu beenden und die Revitalisierung der Dörfer einzuleiten. Gleiches steht nunmehr für die Ortslage Pödelwitz an.

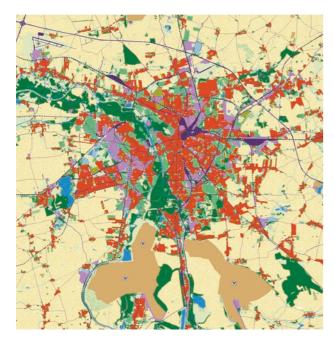
Einen Sonderfall bildete Mölbis, für das weniger aufgrund der Abbauentwicklung, als vielmehr zur »Befriedung« der katastrophalen Rauch-



Leipzig und Umland, Landnutzung 1930

gasbelastung (Attribut »dreckigstes Dorf Europas«) bis in das Jahr 1990 hinein Umsiedlungsszenarien ernsthaft verfolgt wurden, bevor die Stilllegung der am stärksten umweltbelastenden Schwelereien im Braunkohlenwerk Espenhain noch im gleichen Jahr zu einer Trendwende zum Besseren führte.

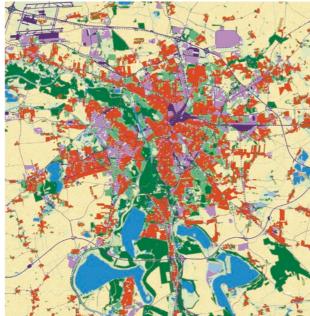
Die Revitalisierung von »dem Bergbau von der Baggerschaufel geholten« Ortslagen gestaltete sich in Abhängigkeit von den Ausgangsbedingungen (Kernfaktoren Nähe zu Leipzig, Verkehrsanbindung, künftige Bergbauentwicklung) in der Folgezeit differenziert. Während sich in Sausedlitz – gestützt auf eine frühzeitige politische Bestandsgarantie und kommunales Engagement - spätestens seit Mitte der 1990er Jahre Erfolge abzeichneten, kam Dreiskau-Muckern aufgrund der relativ langen, bis 1993 andauernden Unsicherheit zur Perspektive zunächst schwerer in Tritt, gewann aber, befördert durch die Beteiligung an der EXPO 2000 unter dem Motto »Ein Dorf sucht seine Bevölkerung« 1996/97 zunehmend an Fahrt (Christliches Umweltseminar Rötha [Hrsg.] 2000). Dreiskau-Muckern verfügt heute wieder über rund 500 Einwohner sowie über ein bemerkenswert intaktes Ensemble, das sanierte und teilweise mit neuen Nutzungen versehene Gebäude (Kirche, ehemaliges Rittergut mit Umnutzung zum Ökologischen Landwirtschaftsschulheim), instand gesetzte Gehöfte und Wohnhäuser und Neubauten in maßvollem Umfang einschließt.



Leipzig und Umland, Landnutzung 1990

Mit dem Bedeutungsverlust der Braunkohlenindustrie beschleunigte sich ein durch Geburtenrückgänge, Sterbefallüberschuss und Abwanderung induzierter **demografischer Wandel**, der gerade in Ortslagen mit Wohnfunktion für Bergarbeiter gravierende Einwohnerverluste zur Konsequenz hatte. Als Fallbeispiele hierfür sind, bezogen auf gleiche Gebietsstände, Regis-Breitingen (1971: 5.434, 2020: ca. 3.000 Einwohner), Deutzen (1968: 4.300, 2020: ca. 1.400 Einwohner), Kitzscher (1984: 7.800, 2020: ca. 4.600 Einwohner) oder Lucka (1994: 5.959, 2020: 3.606 Einwohner) anzuführen. Auch Altenburg (1989: 51.426, 2020: ca. 29.000 Einwohner) und Zeitz (1989: ca. 40.000, 2020: ca. 20.000 Einwohner) hatten massive Bevölkerungsverluste zu verzeichnen. Zugleich setzten sehr bald nach 1990 Suburbanisationsentwicklungen maßgeblich zu Lasten der urbanen Zentren einschließlich der Oberzentren Leipzig und Halle ein, die erst seit ca. 2010 wieder über Wachstum bzw. Stabilität verfügen.

Eine vollkommen neue Entwicklung vollzog sich seit 1990 im Zusammenhang mit der Gestaltung der »Landschaften nach der Kohle« im Leipziger Neuseenland. Dabei wurde das »Bauen am Wasser« in den Uferbereichen der seither entstandenen Tagebauseen regionalplanerisch bewusst limitiert, um Zugänglichkeiten von Uferbereichen für die Allgemeinheit aufrecht zu erhalten und Verhältnissen wie am Starnberger See bei München oder am Heiligen See in Potsdam vorzubeugen. Lediglich in den Bereichen der Seepromenade am Markkleeberger See, zwischen KAP Zwenkau und Harthweide am Zwenkauer See sowie an der Lagune Kahnsdorf am Hainer See wurden solche zugelassen. Von der positiven Landschaftsentwicklung und Imagebildung profitierten aber auch zahlreiche Ortslagen, die sich bis dahin in Tagebaurandlagen befanden, nunmehr über beste Freizeit- und Erholungsbedingungen »vor der Haustür« verfügen und als Wohnungs-



Leipzig und Umland, Landnutzung 2016

baustandorte entsprechend gefragt sind. Die Stadt Leipzig verfügt heute wieder über ein attraktives Umland, das zweifellos zu der seit etwa zehn Jahren zu verzeichnenden positiven demografischen Entwicklung (1999: 489.532, 2010: 502.979, 2020: 597.493 Einwohner) beigetragen hat.

Für die **Zukunft** bleibt abzuwarten, welche demografischen und städtebaulichen Auswirkungen mit dem kohleausstiegsbedingten Strukturwandel bis 2035 und darüber hinaus verbunden sein werden. Allerdings ist im Vergleich zur Situation in den frühen 1990er Jahren davon auszugehen, dass diese weitaus weniger gravierend ausfallen werden, da der Wirtschafts- und Innovationsraum innerhalb der Euro-



Groitzsch, Umsiedlungsstandort Pödelwitzer Bogen, 2016



päischen Metropolregion Mitteldeutschland seither eine Entwicklung weg von den einstigen Monostrukturen und hin zu einer »breiteren Aufstellung«, auch mit neuen Handlungsfeldern zwischen Automobilindustrie, Biotechnologie, »Grünem Wasserstoff«, Informatik und Logistik, erfahren hat. Zudem bieten die im Strukturstärkungsgesetz fixierten Finanzierungsgrundlagen Möglichkeiten auch zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, wobei das Schienen- und insbesondere das S-Bahn-Netz innerhalb des zwischen Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen übergreifenden Mitteldeutschen Verkehrsverbundes (MDV) Potenziale zur Verbesserung von Erreichbarkeiten und damit verbundenen Stabilisierungen von Siedlungsstrukturen aufweist. Das Kapitel braunkohlenbergbaubedingter Umsiedlungen ist für Mitteldeutschland endgültig Geschichte.

Autor/Literatur: **BKN** – B28/B63/D2/G34/H29/H30/H36/4/K7/K8/K12/K38/L49/L50/M7/M37/P17/R27/R31/S3/S7/S19/S57-AS1

### Von der Lagerstättensicherung zur Braunkohlenplanung

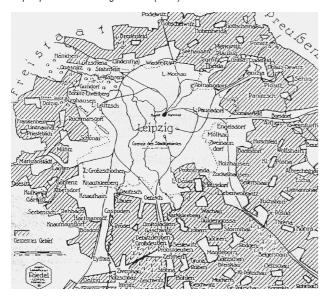
#### Abbau, Wiedernutzbarmachung und Umsiedlung im Wandel der Zeiten

Die durch den Braunkohlenbergbau industriell geprägten Räume rund um Leipzig und Halle mit deren Wandel zum »Leipziger Neuseenland« und zur »Mitteldeutschen Seenlandschaft« stehen für die großflächigsten und tiefgreifendsten nutzungsbedingten Landschaftsveränderungen selbst im globalen Maßstab. Karten und Zeitdokumente sind besonders gut geeignet, bereits vor Jahrzehnten eingeleitete Überlegungen und Ambitionen zu dokumentieren, die mitunter erst sehr viel später zur Wirkung kamen und ohne Kenntnis der historischen Zusammenhänge oft unverständlich bleiben würden. Der nachfolgende Abriss umfasst mehr als ein Jahrhundert zwischen 1912 und der Gegenwart.

# Vom Königreich Sachsen bis zum Untergang des »Dritten Reiches« (1912–1945)

Bis in das 20. Jahrhundert hinein war die Braunkohlenindustrie in Mitteldeutschland – maßgeblich durch die »deutsche Kleinstaaterei« bestimmt – durch eine Zersplitterung von rechtlichen Regelungen (Berggesetze) und unternehmerischen Strukturen (Kleinbetriebe) geprägt. Dies kam an den Nahtstellen zwischen dem Königreich Sachsen (bis 1918), dem Herzogtum Sachsen-Altenburg und der Preußischen Provinz Sachsen in besonderer Weise zum Ausdruck, indem die Leistungsfähigkeit der Braunkohlenindustrie mit dem »Hunger« nach Energie und Veredlungsprodukten spätestens ab 1900 nicht mehr Schritt hielt. Sachsen, bis 1910 noch durch eine konservative und investitionshemmende Gesetzgebung mit Grundeigentum an Braunkohle geprägt, reagierte darauf bereits 1912 mit der Einführung eines »Staatsvorbehalts«, an den sich die gesetzliche Regelung 1916

»Sperrplan« zu Kohlelagerstätten (1920)



zum Schutz von Abbaufeldern vor einer Bebauung und 1918 eine Ministerialverordnung über die Bausperre in Kohleabbaugebieten anschlossen. Faktisch war damit eine Verstaatlichung der Kohlelagerstätten vollzogen und der Weg für den Freistaat bereitet, selbst als wirtschaftlicher Akteur in Erscheinung zu treten, was spätestens 1924 mit der Gründung der AG Sächsische Werke Böhlen auch vollzogen wurde. Der »Sperrplan« aus dem Jahr 1920 zeigt, dass es bereits damals Abbauplanungen gab, die die Stadt Leipzig komplett einschlossen und auf Umsiedlungen von beträchtlichem Umfang reflektierten. Konzeptionell waren hiermit auch die Wurzeln für die Großtagebaue Böhlen (Zwenkau) und Espenhain gelegt, die bis 1999 bzw. 1996 betrieben wurden.

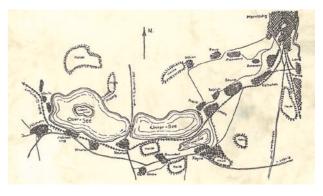
Der Aspekt der »Lagerstättensicherung« konnte durch den Freistaat Sachsen in der Folgezeit durch die Etablierung einer »Landesplanung für das westsächsische Braunkohlengebiet«, die in ihren Wurzeln bis 1925 zurückreicht, vertieft werden. Ein »Flächenaufteilungsplan für die Kreishauptmannschaft Borna« 1928 manifestierte die Durchsetzung der staatlichen Interessen gegenüber den kommunalen Belangen. So wurde damit bereits die bergbauliche Inanspruchnahme des Harthwaldes zwischen Zwenkau und Markkleeberg vorgeprägt, auch wenn die tatsächliche Überbaggerung erst 25 Jahre später erfolgte. Für den Zeitraum bis 1935 blieb die Weiterentwicklung der im Maßstab 1:5.000 ausgeführten Flächenaufteilungspläne mit tiefgreifenden baulichen Restriktionen typisch. Ähnliche Entwicklungen waren im heutigen »Dreiländereck« zwischen Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu verzeichnen. Hierfür wurde ein informeller »Wirtschaftsplan Zipsendorf-Meuselwitz und Umgebung« mit Schwerpunkt Abbaufelder des Braunkohlenbergbaus erarbeitet und durch den Verlag für Landesplanung Merseburg 1932 publiziert. Dazu hieß es:

»Gemeinsam für die Gemeinden Zipsendorf und Meuselwitz muß die Lage von Wohnflächen, Grünflächen, Verkehrsstraßen und Kanalisationsanlagen im Einvernehmen mit dem Bergbau, dem Fortschritt der Tagebauten und Tiefbauten angepasst werden.«

Zum Geiseltal, für das ein gleichartiges Planwerk vorlag, wurde zur Umsiedlungsthematik deutlicher festgestellt:

»(Hier liegen) auf einer Fläche von etwa 5.000 ha ... etwa 1 Milliarde von 9,4 Milliarden Tonnen der gesamten Braunkohlenvorräte Mitteldeutschlands in einer Flözmächtigkeit bis zu 90 m und mehr. ... Die Mächtigkeit des Kohlevorkommens lohnt den Abbruch und die Verlegung von vorhandenen Bahnen, Straßen und Straßenbahnen, Vorflutern, Baulichkeiten und ganzen Ortschaften.«

Die meisten planerischen Aktivitäten der damaligen Zeit waren erkennbar darauf ausgerichtet, die Abbauinteressen gegenüber kommunalen und individuellen Belangen zu präferieren, wobei ein echter Interessenausgleich nicht gegeben war. Folgerichtig kamen bergbaubedingte Umsiedlungen im Revier (Rusendorf 1928–1933, Run-



»Das Geiseltal in 70-80 Jahren« (Publikation von 1928)



Wirtschaftsplan Zipsendorf-Meuselwitz und Umgebung (1932)

städt/Geiseltal 1929, Gaumnitz/Zeitz-Weißenfels) exakt in diesem Zeitraum auf.

Nachdem bis dahin keinerlei Belege für qualifizierte Befassungen mit den Bergbaufolgelandschaften aufzufinden sind, kam es ab dem Ende der 1920er Jahre zur Herausbildung einer wissenschaftlichen Rekultivierungsbasis. Der früheste bekannte Konzeptentwurf einer großflächigen Bergbaufolgelandschaft im Mitteldeutschen Revier findet sich in der Querfurter Zeitung vom 22. Dezember 1928 unter dem



»Die Raumnot der Stadt Leipzig« (1941)

Titel »Das Geiseltal in 70-80 Jahren«, der auf den Architekten von Walthausen zurückgeht und von Keil (1934) weiter qualifiziert wurde. Als Bergingenieur hatte dieser die Grundzüge der späteren Landschaftsentwicklung westlich von Merseburg mit der Entstehung ausgedehnter, tiefer Tagebaurestseen, Halden und dem verbleibenden Siedlungsband zwischen Mücheln und Merseburg bereits bemerkenswert klar skizziert. Zugleich erkannte er den Fakt, dass aufgrund der großen, bis zu 100 Meter umfassenden Flözmächtigkeiten und des extrem günstigen Abraum-Kohle-Verhältnisses (1:1 über die Gesamtlaufzeit!) Kippenflächen nur in untergeordnetem Rahmen entstehen würden. Auch die von ihm genannte Größenordnung von 200 Jahren für eine Wasserfüllung der Abbauhohlformen allein durch den Grundwasseraufgang und ohne Fremdflutung schätzte er richtig ein. In der Folgezeit bis 1939/40 wurden wissenschaftliche und konzeptionelle Arbeiten zur Wiedernutzbarmachung, durchaus mit Unterstützung des Naziregimes, zwar fortgesetzt. In der Praxis verhinderten aber die auf Autarkie und maximale Produktionsleistungen ausgerichtete Kriegswirtschaft des Dritten Reichs, ständige Interventionen von Bergbauunternehmen gegenüber Belastungen etwa im Zuge von Umsiedlungen sowie schlussendlich die Folgen des Zweiten Weltkriegs in Form von Zerstörungen und reparationsbedingten Demontagen die weitaus meisten Rekultivierungsaktivitäten. Die Folgen eines »Bergbaus ohne Rechtsnachfolger« in Form von ungesicherten Restlöchern, Tiefbaustrecken ohne Versatz oder Altlasten in Form von Industrieablagerungen wurden vielerorts erst nach 1990 grundhaft beseitigt.

Während der Naziherrschaft wurden der Lagerstättenschutz (Gesetz 1934) und Baubeschränkungen zur Sicherung der Gewinnung von Rohstoffen (1939) vertieft und über Weisungsbefugnisse der »Reichsstelle für Raumordnung« auch rigoros durchgesetzt, womit die Fundamente für eine über rund 55 Jahre andauernde Periode gravierender zentralistischer Interventionsmöglichkeiten gegenüber den Ländern, Regionen und Kommunen gesetzt waren. In der praktischen Hand-

habung wurde dies mit einer faktischen »Betriebspflicht« und einer Abbaukonzentration durch das Zusammenwirken von Bergwerksfeldern umgesetzt. Insofern bildet eine Karte aus dem Jahr 1941 als Bestandteil der vom damaligen Oberbürgermeister der »Reichsmessestadt« herausgegebenen Denkschrift mit dem Titel »Die Raumnot der Stadt Leipzig« ein durchaus überraschendes Zeitdokument. Dabei ging es Alfred Freyberg als überzeugtem NSDAP-Parteigänger und SS-Gruppenführer ganz sicher nicht um Widerstand gegenüber der damaligen Staatsgewalt. Dennoch wurde die Brisanz der fortschreitenden Abbauaktivitäten für die mit über 700.000 Einwohnern damals fünftgrößte Stadt Deutschlands erkannt, freilich ohne den zunehmend betriebenen Raubbau unter kriegswirtschaftlichen Bedingungen und 1945 den weitgehenden Zusammenbruch des Industriezweiges auch nur ansatzweise aufhalten zu können.

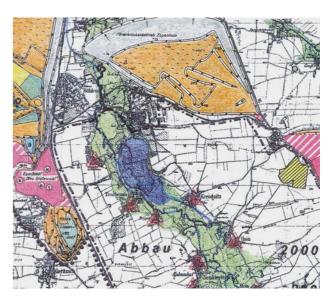
# Vom Kriegsende über die Zeit der Planwirtschaft bis zum Ende der DDR (1945–1990)

Nach dem maßgeblich durch Kriegszerstörungen und reparationsbedingte Demontagen bestimmten Niedergang der Braunkohlenindustrie im Revier und der anschließenden **Wiederaufbauphase** kam es nach der Gründung der DDR 1949 zu gravierenden Veränderungen sowohl in der administrativen Gliederung (Einführung von Bezirken anstelle der bisherigen Länder) als auch bei den Verwaltungsstrukturen mit einem zentralistischen, von der Staatlichen Plankommission beim Ministerrat ausgehenden planwirtschaftlichen System.

In einer Phase wirtschaftlicher und energetischer Notlagen erfolgte zunächst eine Konzentration auf die **Konsolidierung** und später auf den Ausbau der Braunkohlenindustrie. Dennoch gab es in der sehr populären Monatszeitschrift »Das Magazin« bereits 1954 einen Beitrag zu den »Landschaften nach der Kohle«, der den damaligen Zeitgeist und die Erwartungshaltungen dahingehend widerspiegelte, dass

»unsere Kinder und Enkel aus neuen Geographiebüchern lernen werden, daß in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts ein ganz neues Hügelland entstanden ist und darin zwölf große Seen, jeder einzelne so groß wie der Müggelsee und größer, entstanden sind.«

Der unerschütterliche Optimismus gipfelte in einer Fotomontage des Ortseingangsschilds von Markkleeberg, ergänzt mit dem Zusatz »am See« und der Jahreszahl 1975. Aus dieser Zeit liegt ein eindrücklicher kartografischer Beleg zu tagebauübergreifenden Bergbauentwicklungen vor. Das Institut für Geographie der Universität Leipzig erarbeitete 1956 eine aussagekräftige Karte im Maßstab 1:25.000, die nicht nur die Ausdehnung von Förderstätten und Veredlungsbetrieben, sondern gleichfalls die aus damaliger Sicht vorgesehenen Abbauentwicklungen darstellte. Die Karte lässt zudem dezidiert erkennen, für welche Bereiche bergbaubedingte Umsiedlungen im Raum standen. Das handgezeichnete und colorierte Kartenoriginal blieb Anfang der 1990er Jahre nur durch den Zufall erhalten, dass der Verfasser die Rolle aus einem bereitgestellten Abfallcontainer bergen konnte. 1998/99 erfolgte eine Umzeichnung durch die Regionale Planungsstelle beim Regionalen



Das Borna-Meuselwitzer Braunkohlenrevier 1956 (Ausschnitt)



All the Lings belatt

On Homerood to Colonia for Hermin Lings

Financia

The Colonia for the Physical Indiana of the Colonia for the Colonia f

Konzeption Bergbaufolgelandschaft zwischen Leipzig und Altenburg (1974)

Entwicklungsplan Bergbaufolgelandschaft Leipzig-Borna-Altenburg 1959

Planungsverband Westsachsen, um einem weiteren Verschleiß des Originals zu begegnen.

Eines der bemerkenswertesten kartografischen Zeitdokumente aus der Nachkriegszeit bildet der ca. 1959 von der Abteilung Gebiets-,



Gestaltungsplan Pahnaer See (ca. 1970)

Stadt- und Dorfplanung im VE Projektierungsbetrieb für Hochbau II Leipzig herausgegebene Entwicklungsplan zu Braunkohlentagebauen und Bergbaufolgelandschaft für den Raum Leipzig-Borna-Altenburg. Die Kartenserie umfasst die Zeitschnitte 1960, 1970, 1980, 1990, 2000, 2010 und den auf ca. 2025 zu datierenden »vermutlichen Endstand«; hinzu kam ein »Zeitstufenplan des Bergbaus«. Sie ist als frühester Beleg für eine revierbezogene, wissenschaftlich fundierte Rekultivierungsplanung für einen substanziellen Teil des Mitteldeutschen Reviers einzustufen und zeigt insbesondere Abbauflächen und Kippen sowie vorgesehene Aufforstungen und Wasserflächen. Auch hier kam der Umstand zum Tragen, dass der Verfasser einige geglaste Diapositive 1992 gerade noch rechtzeitig in Augenschein nahm, bevor sie der Vernichtung anheimfallen konnten.

Ab den 1960er Jahren oblagen die Revierplanungen in Leipzig und Halle den Büros für Territorialplanung bei den Bezirksplankommissionen, wobei in Leipzig ab 1972 mit dem »Büro für Bergbauangelegenheiten« bei gleicher politisch-organisatorischer Anbindung ein Sonderweg beschritten wurde. Erste Belege für echte objektbezogene Landschaftsplanungen finden sich Anfang der 1970er Jahre namentlich zur Gestaltung von Kulkwitzer und Pahnaer See. Diese Architekturzeichnungen aus der Vogelflugperspektive vermitteln einen guten Eindruck zu den vorgesehenen Gestaltungsmaßnahmen als Voraussetzung für Freizeit- und Erholungsnutzungen. Der Pahnaer See war bis dahin weitgehend sich selbst überlassen geblieben, was sich insbesondere aus Standsicherheits- und Erschließungsgründen zunehmend als Problem mit Abhilfebedarf erwiesen hatte. 1973/74 folgte mit der durch den Bezirkstag Leipzig beschlossenen »Konzeption zur Gestaltung der Bergbaufolgelandschaft im Raum zwischen Leipzig und Altenburg« ein aufgrund seiner Schwarzweißfassung zwar wenig ansehnliches, dennoch aber grundlegendes Dokument zur späteren »Landschaft nach der Kohle«, in dem wiederum die für land-, forst- und wasserwirtschaftliche Nutzungen vorgesehenen Flächen den Schwerpunkt bildeten. Diese 1977 nochmals aktualisiert herausgegebene Darstellung, die auch als »Leipzig-Altenburger Seenplatte« bezeichnet wurde, blieb bis zur Wende die letzte offizielle Darstellung zur Planung der Wiedernutzbarmachung, selbst wenn sie bereits wenige Jahre später - bedingt durch neue Abbauplanungen - zur Makulatur geworden war. 1981 fand sie dennoch Eingang in den von KRUMMSDORF/GRÜMMER herausgegeben Buchtitel »Landschaft vom Reißbrett«.



Tagebauentwicklung im Südraum Leipzig, Variante Industrie (Ausschnitt, 1987)



Abbaukonzept Bad Düben-Wildenhain (1985), umgezeichnet

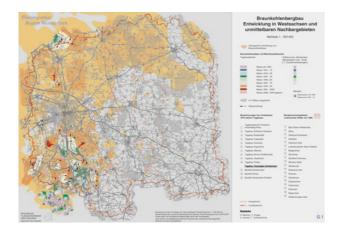
Nach den spätestens 1973 verflogenen Hoffnungen zur Nutzung von sowjetischem Erdöl als Ersatz für die einheimische Braunkohle erfolgte eine verstärkte Rückbesinnung auf den Rohstoff »vor der Haustür«. Planerisch fanden die erweiterten Abbauambitionen ihren Ausdruck in zwei durch das damalige Büro für Bergbauangelegenheiten bei der Bezirksplankommission Leipzig herausgegebenen Karten zu den vorgesehenen Abbauentwicklungen im Nordraum (1981) bzw. Südraum Leipzig (1987). Letztere enthielt neben den aktiven

und bereits rekultivierten Tagebaubereichen sowie den beschlossenen »Bergbauschutzgebieten« mit feststehenden Abbauplanungen eine Vielzahl von Gebieten mit »laufender Untersuchung zur Unterschutzstellung« als Basis für einen über das Jahr 2050 hinaus reichenden Abbauhorizont. Dazu zählten Abbaufelder wie Stadtfeld Zwenkau, Werben-Sittel, Weideroda, Elsteraue Süd, Liebertwolkwitz, Belgershain und Regis Süd; selbst eine nochmalige Aufwältigung der Tiefbaufelder des 19. Jahrhunderts zwischen Lucka und Haselbach (»Felderkomplex Süd«), in denen bedingt durch die Abbautechnologie des »Pfeilerbruchverfahrens« 40-60 % der Kohle im Boden verblieben waren, wurde in Betracht gezogen. Eine Verwirklichung der Geheimplanungen hätte für den Südraum Leipzig eine Landinanspruchnahme von etwa 70 % zur Konsequenz gehabt. Selbst damit war das »Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht, wie das Abbaukonzept Bad Düben-Wildenhain (Umzeichnung nach Unterlagen des Büros für Territorialplanung bei der Bezirksplankommission Leipzig von 1985) zeigt. Die Planung sah als Anschluss für auslaufende Tagebaue im Raum Gräfenhainichen-Bitterfeld-Delitzsch einen Folgeabbau auf bis zu 420 km² Fläche mit einer Inanspruchnahme großer Teile der Dübener Heide und einer Laufzeit von rund 170 (!) Jahren, beginnend ab ca. 2050, vor. Zum Glück blieben diese Überlegungen in konzeptionellen Ansätzen stecken und wurden mit den politischen und wirtschaftlichen Veränderungen 1989/90 gegenstandslos.

# Braunkohlenplanung in Mitteldeutschland seit der Wiedervereinigung Deutschlands (1990 – 2021)

Im Ergebnis der Wirtschafts- und Währungsreform sowie der Wiederherstellung der Deutschen Einheit 1990 entstand zunächst ein konzeptionelles Defizit sowohl hinsichtlich der Abbau- als auch der Wiedernutzbarmachungsplanungen zum Braunkohlenbergbau. Die bis dahin vorhandenen Planungen wurden in der Folge der Tagebauschließungen zwischen 1990 und 1995 grundhaft entwertet. Angesichts des maßgeblich durch den Zusammenbruch der Karbochemie und die schrittweise Stilllegung der Brikettierung (zuletzt 1993 in Espenhain, 1994 in Großzössen und 1999 in Phoenix) bedingten Bedarfsrückgangs und der komplizierten Akzeptanzlage für den Wirtschaftszweig entstand ein grundsätzlicher Neuordnungsbedarf zu den Perspektiven des aktiven Bergbaus. Zugleich gab es die Forderung, für die 1991 zunächst über »Mega-ABM-Projekte« anlaufende und ab 1993 über das Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern betriebene Braunkohlesanierung Rahmensetzungen zu den »Landschaften nach der Kohle« durch die Regionalplanung vorzunehmen.

Eine maßgebliche Voraussetzung dafür bildete das Sächsische Landesplanungsgesetz vom 24. Juni 1992, das zwischenzeitlich mehrfach, zuletzt am 11. Juni 2010, novelliert wurde. In der Folge kam es zur Gründung kommunal verfasster Regionaler Planungsverbände als Zusammenschlüsse von Landkreisen und kreisfreien Städten, die fortan für die Braunkohlenplanung zuständig waren. Die Braunkohlenpläne hatten Festlegungen einerseits zum Umgriff und zu Ausgleichsund Ersatzmaßnahmen zum aktiven Bergbau zu treffen; andererseits waren die Grundzüge der Wiedernutzbarmachung zu bestimmen. Dabei stand im Vordergrund, für die Bergbauunternehmen (MIBRAG

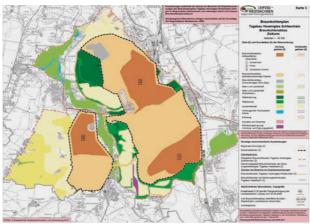


Braunkohlenbergbau, Entwicklung in Westsachsen und unmittelbaren Nachbargebieten (2004)

mbH und LMBV mbH) klare Vorgaben zu fixieren und zugleich Ausformungsspielräume für die kommunale Ebene zu belassen. Mit dem Braunkohlenausschuss wurde ein öffentlich tagendes Gremium etabliert, das die Facharbeit übernahm, die Beschlüsse der Verbandsversammlung vorbereitete und sich wiederholt auch vor Ort informierte. Im Ergebnis von Tagebauschließungen und Abbaureduzierungen spielte die Umsiedlungsthematik fortan nur noch eine auf wenige Einzelfälle reduzierte Randrolle. Eine Zusammenschau der Entwicklungen für die Planungsregion Leipzig-Westsachsen erfolgte in einer Planungsatlaskarte (1:300.000; 2004) sowie über Realnutzungskarten (1:25.000) für den Nord- und Südraum Leipzig (1999/2010 bzw. 1993/2009).

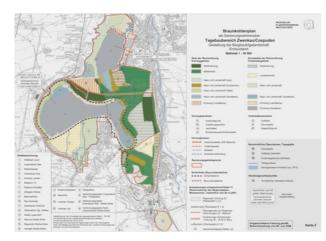
Die Braunkohlenpläne, die für stillgelegte Tagebaubereiche als Sanierungsrahmenpläne aufzustellen sind, entstehen im Ergebnis mehrjähriger Verfahren, die über Möglichkeiten zur Stellungnahme, öffentliche Auslegungen, Erörterungsverhandlungen und Einstellung in das Internet umfassende Beteiligungsrechte bieten. Insgesamt wurden für das Braunkohlenplangebiet Leipzig-Westsachsen neun derartige Planwerke erarbeitet, wobei schon mehrfach Fortschreibungen erfolgten, um neuen Entwicklungen Rechnung zu tragen. Braunkohlenpläne enthalten Festlegungen in Text- (Ziele und Grundsätze der Raumordnung) und Kartenform (Schwerpunkt Vorrang- und Vorbehaltsgebiete). Jeder Plan enthält Kartendarstellungen in den Maßstabsebenen 1:25.000 bzw. 1:50.000 insbesondere zur aktuellen Landschaftssituation und zur Bergbaufolgelandschaft im Endzustand. Je nach Bedarf kommen Karten zur geologischen Situation, zum Naturschutz, zu den infrastrukturellen Verhältnissen und zur Abbauentwicklung hinzu. Auch die Ergebnisse der seit 2006 durchzuführenden »Strategischen Umweltprüfung« werden umfassend dokumentiert. Im Land Sachsen-Anhalt werden durch die Regionalen Planungsgemeinschaften »Teilgebietsentwicklungsprogramme« in vergleichbarer Bearbeitungstiefe erstellt.

Im Zuge des nunmehr anstehenden **Strukturwandels** mit der Beendigung der Braunkohlenverstromung entsteht voraussichtlich letztmals regionalplanerischer Handlungsbedarf, der sich in Mitteldeutschland



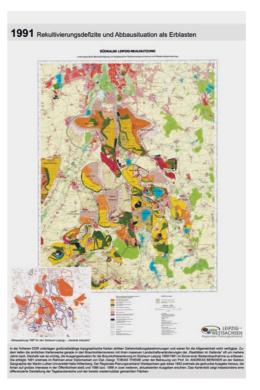
Braunkohlenplan Tagebau Vereinigtes Schleenhain 2011, Zielkarte Braunkohlenabbau

auf die aktiven Tagebaubereiche Vereinigtes Schleenhain, Profen und Groitzscher Dreieck fokussiert. Bergbaubedingte Umsiedlungen gehören der Vergangenheit an; Pödelwitz wird damit vom Umsiedlungszum Revitalisierungsfall. Neu zu regeln sind angesichts verkürzter Tagebaulaufzeiten und veränderter Massenbilanzen die Grundzüge der Bergbaufolgelandschaften mit ihren wassergebundenen Nutzungsangeboten im Bereich der Tagebauseen sowie den landgestützten Potenzialen in den Neukippenbereichen.

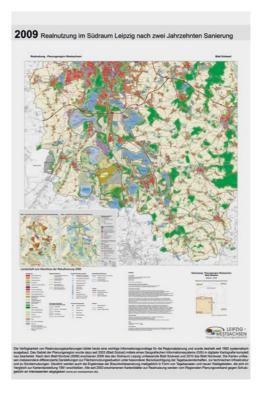


Sanierungsrahmenplan Tagebau Zwenkau/Cospuden, Zielkarte Bergbaufolgelandschaft

Autor/Literatur: BKN - A4/B14/B29/B30/B32/B35/B55/B58/B87/B88/ B89/G27/I1/K22/K41/K51/R5/R8/R10-AS1/AS24



Kartenwerk Realnutzung, Südraum Leipzig (1991) bzw. Blatt Südwest (2009), Kartenausschnitt



#### Entschädigung und Sozialverträglichkeit

Eine maßgebliche Voraussetzung für den Zugriff auf den Bodenschatz Braunkohle bildete von Anfang an die privatrechtliche Klärung der Eigentumsverhältnisse zu den jeweiligen Flächen und Immobilien. Dabei wurde die Handhabung von Entschädigungen in erster Linie durch die jeweiligen politischen Verhältnisse bestimmt. Die Bandbreite lag zwischen fairen Kompensationen - in Einzelfällen bis hin zu »Umsiedlungsgewinnlern« – und bei weitem nicht wertentsprechenden Zahlungen. Staatliche Durchgriffsmöglichkeiten zugunsten des Braunkohlenbergbaus reichten bis hin zur Enteignung von Immobilien. In der Wendezeit spitzte sich die Situation vielerorts zu, indem für Dorfbewohner ie nach Umsiedlungszeitpunkt bis zu drei verschiedene Entschädigungsregularien zur Anwendung kamen. Nach 1990 wurde die Festschreibung von Umsiedlungskonditionen in öffentlich-rechtlichen Verträgen üblich, die auch für vergleichbare Fälle außerhalb des Braunkohlenbergbaus Maßstäbe setzte.

Bereits seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert strebten die Bergbauunternehmen an vielen Stellen in Mitteldeutschland einen frühzeitigen Flächenerwerb an, der ihnen die Abbaurechte häufig über Jahrzehnte sicherte. Dabei kam ihnen vielfach entgegen, dass vorwiegend großbäuerliche Landbesitzer in den Dörfern oft nicht abgeneigt waren. Ackerflächen gegen durchaus stattliche Entschädigungen abzugeben, um die Erlöse in der Folgezeit zu »verleben« oder auch Ersatzanwesen in der näheren und weiteren Umgebung zu erwerben. Als Fallbeispiele für derartige Entwicklungen sind etwa Niemegk bei Bitterfeld. wo »Kohleländer« bereits seit 1914 und damit über sechs Jahrzehnte vor ihrer bergbaulichen Inanspruchnahmen gezielt aufgekauft wurden, der Raum Zechau-Leesen im Altenburger Land mit ersten Grundstücksveräußerungen ab 1870 durch Bauern »gegen gutes Geld« und mit der gut gemeinten, aber kaum bindenden Auflage zur Rückgabe derselben in kulturfähigem Zustand, oder der Raum zwischen Kayna, Braunsbedra und Runstedt im Geiseltal, wo ab 1906 durch die Ge-



werkschaft des Eisenstein-Bergwerkes Michel zu Köln ein umfangreicher Flächenerwerb als Voraussetzung für einen Tagebau und eine Brikettfabrik erfolgte, zu nennen.

Die Entschädigungszahlungen waren bis weit in die Zeit des Nationalsozialismus hinein durchaus stattlich. So wurden in Petsa im Altenburger Land 1941 für einen Hof 350.000 Reichsmark angeboten, was einem Kaufkraftäguivalent von 1,435 Mio. €, bezogen auf das Jahr 2019, entspricht. Oft wurde dabei von den Verkäufern nicht realisiert oder auch verdrängt, dass damit bereits die Wurzeln für spätere Umsiedlungen gelegt wurden. Vielfach wurde die Höhe angebotener und geleisteter Kaufsummen und Entschädigungszahlungen zudem nicht dokumentiert, da ein Stillschweigen zwischen beiden Seiten dazu vereinbart worden war. Dies galt selbst unter DDR-Verhältnissen bis zur Wende 1989/90, wie etwa in Breunsdorf bei Borna, wo über Nachentschädigungen kaum öffentlich gesprochen wurde. In den Dörfern ansässige Bergleute lebten in den meisten Fällen zur Miete und wurden mit ansprechenden Ersatzguartieren in verbleibenden Ortslagen versorgt, um sie als Arbeitskräfte im Revier zu halten. Dies wurde in aller Regel durch eine soziale Infrastruktur – insbesondere mit Schulen und Einkaufsmöglichkeiten und mitunter auch durch die Bereitstellung von Hausgärten zur Selbstversorgung mit Obst und Gemüse – flankiert. Bei der Umsiedlung von Witznitz bei Borna lagen die angebotenen Entschädigungen 1940 für Haus- und Grundbesitzer in der Höhe der auf dem Grundstück liegenden Brandkasse plus einem Zuschlag von 35 von Hundert. Zur Anwendung von Zwangsmitteln kam es vor 1950 selbst unter Kriegsbedingungen nur recht selten, auch wenn sich die Handlungsspielräume zugunsten der Umsiedlungsbetroffenen mit dem Fortschreiten der Kriegsentwicklung deutlich reduzierten.

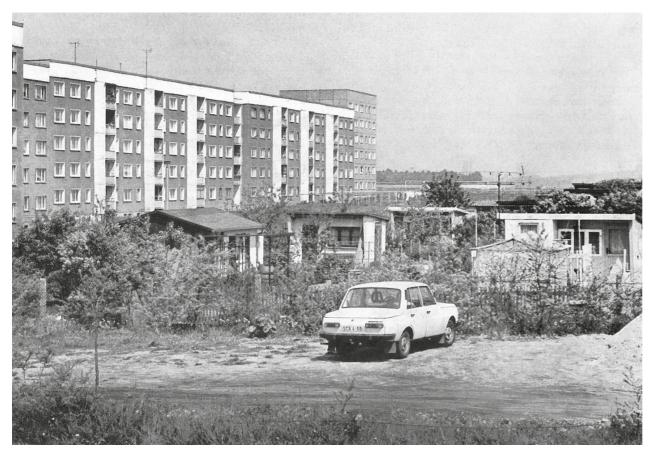
Mit der Etablierung einer zentralistischen Planwirtschaft in der damaligen DDR ab den 1950er Jahren veränderten sich die Wertmaßstäbe und Entschädigungsregularien sehr deutlich zu Ungunsten der Eigentümer. Bei der Umsiedlung von Ruppersdorf im Altenburger Land konstatierte man 1953 noch, dass »angemessene Kaufsummen« gezahlt wurden, wobei man auf ein gutes Einvernehmen zwischen dem Braunkohlenwerk und den Dorfbewohnern Wert legte. Mit der deutlichen Zunahme der Fallzahlen, dem Vordringen des Braunkohlenbergbaus in vorher davon weitgehend unberührte Bereiche sowie mit der bis 1960 weitestgehend abgeschlossenen Kollektivierung der Landwirtschaft in »Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften« (LPG) entstanden neue Rahmenbedingungen. Auch wenn die LPG-Strukturen formal keine Aufgabe des individuellen Eigentums an Grund und Boden bedeuteten, war damit dennoch eine Entkopplung von Wahrnehmung des eigenen Besitzes und der Verantwortung für denselben verbunden. Durch die Zugrundelegung von Einheitswerten bei den Entschädigungen bei zugleich fehlenden marktbedingten Verhandlungsspielräumen sanken zugleich die Erlöse

Ersatzanwesen in Einzelhausbauweise mit Hausgärten in Nachterstedt aus den 1950er Jahren

für die bergbaulich in Anspruch zu nehmenden Immobilien stetig, wie etwa das Fallbeispiel Magdeborn im Südraum Leipzig in den 1970er Jahren zeigte. Hinzu kam der vielerorts Streit auslösende Fakt, dass die Entschädigungsbeträge auf Sperrkonten hinterlegt wurden, von denen lediglich Beträge von 3.000 Mark der DDR pro Jahr abgehoben werden konnten, um angesichts der verbreiteten Warenknappheit in diesen Zeiten überproportionale Aufkäufe insbesondere von Konsumgütern zu verhindern.

Die Fälle, in denen die Immobilienerlöse für den Kauf von Ersatzanwesen oder den Neubau von Eigenheimen ausreichten, blieben überschaubar. Andererseits kamen durchaus positive soziale Elemente wie die Übernahme von Umzugskosten, die Zahlung von Mietzuschüssen, die Entschädigung von nicht weiter verwendbarem Hausrat, die finanzielle Unterstützung kultureller Aktivitäten und die Bereitstellung von Sonderkontingenten bei der Versorgung zum Tragen. Die Sicherstellung von bergbaubedingten Umsiedlungen hatte zu DDR-Zeiten trotz stets knapper Ressourcen hinsichtlich erforderlicher Bau- und Handwerkerleistungen und Konsumgüter (Möbel, Tapeten) jederzeit hohe politische und wirtschaftliche Prioritäten, um die Betroffenen so gut wie möglich zufriedenzustellen. So waren bei der Bereitstellung von Ersatzguartieren oft komplizierte Ringtausche mit mehreren beteiligten Partnern über verschiedene Ortslagen hinweg abzuwickeln. Einen »Dauerbrenner« bildete vielerorts das Garagenangebot, zumal die Veränderungen des Wohnmilieus von ländlichen zu städtischen Verhältnissen oft auch mit dem Verlust von Nebengelassen und damit reduzierten Platzverhältnissen verbunden war. Seit den 1950er Jahren war es außerdem üblich. Abbruchmaterialien entweder zum Bau von Ersatzanwesen durch die Betroffenen zu nutzen oder über Bezugsscheine frei zu vermarkten. Dies führte in der Endphase von Umsiedlung häufig zu grotesken Situationen dahingehend, dass noch bewohnte und bereits leergezogene und »zu verwertende« Immobilien unmittelbar nebeneinander lagen und dort »Selbstbedienungen« trotz etablierter Wachdienste nicht ausblieben.

Exemplarisch für das Herangehen bei bergbaubedingten Umsiedlungen in den 1980er Jahren war die Verfahrensweise bei Bösdorf und Eythra im Tagebaubereich Zwenkau, wo rund 3.500 Menschen betroffen waren. Hier erfolgte die Bereitstellung der Ersatzquartiere maßgeblich in Leipzig-Grünau, mit ca. 80.000 Einwohnern damals eine der größten Plattenbausiedlungen der DDR. Hier wurden an mehreren Stellen (Mitte und West - WK [Wohnkomplexe] 4, 5.1, 5.2, 7, 8) einzelne Blöcke für die Betroffenen reserviert, wobei lediglich die jeweiligen Hauseingänge zur Wahl standen. Dabei war die Anzahl der bereitgestellten Wohneinheiten (1.518 WE zwischen 1979 und 1986) beträchtlich und umfasste in dieser Zeit zwei Drittel des gesamten Kohleersatzwohnungsbaus im Bezirk. Die fernbeheizten und sanitärtechnisch gut ausgestatteten Wohnungen wurden durch die betroffenen Bürger zumeist positiv reflektiert, wie es auch Hannes Waldenburger in seiner Bachelorarbeit 2016 mittels Befragungen über 30 Jahre nach der Umsiedlung belegen konnte. So stellte ein 1983



Auf Kippengelände neu angelegte Kleingartenanlage neben dem Wohngebiet Borna-Ost als Neuansiedlungsstandort für etwa 400 Magdeborner Familien

in den WK 7 (Grünau-West, nahe Miltitz) umgesiedelter ehemaliger Bösdorfer fest:

»Wir waren jung, wir hatten Kinder, wir hatten eine gute Wohnung und einen Platz im Kindergarten«.

In etwa einem Drittel der Fälle wurden die »Kohleersatzwohnungen« als Tauschobjekte gegen Einfamilienhäuser oder bebaubare Grundstücke eingesetzt – oft, um damit Umzugswünsche zu Zielen außerhalb der Region verwirklichen zu können.

Die Dimensionen der anstehenden Umsiedlungsvorhaben im damaligen Bezirk Leipzig in den 1980er Jahren kamen auch in einer Denkschrift des Büros für Bergbauangelegenheiten bei der Bezirksplankommission Leipzig anlässlich seines 15-jährigen Bestehens 1988 zum Ausdruck. Dabei spielte der Erhalt der Arbeitskräftezahl im Bereich der Betriebe des Ministeriums für Kohle und Energie im Bezirk (1971 – 38.000, 1987 – 50.000) eine nicht unerhebliche Rolle, zumal die Bergleute nicht selten selbst von Ortsverlagerungen betroffen waren. Exemplarisch dafür ist die Umsiedlung von Bösdorf und Eythra zu benennen, bei der es auch darum ging, bestehende Pendlerbezie-

hungen zu erhalten. Für die Sicherung der Stammbelegschaft für das von Bösdorf nach Knautnaundorf verlagerte Stahl- und Hartgusswerk wurde sogar ein Eigenheimstandort in Werksnähe entwickelt.

Das Büro für Bergbauangelegenheiten hatte über Standortvariantenuntersuchungen und den Nachweis erforderlicher Baukapazitäten
für »Kohleersatzinvestitionen«, die auch Anlagen der sozialen und
technischen Infrastruktur sowie Produktionsanlagen umfassten, eine
Schlüsselposition inne. So waren allein zwischen 1981 und 1985
auch 144 Kindergarten- und 113 Krippenplätze sowie 54 Pflege- und
Feierabendheimplätze zu ersetzen. 1986 wurden unter anderem zehn
Eigenheime errichtet und 110 Tauschwohnungen bereitgestellt. Für
den Zeitraum 1987–1990 waren die Umsiedlungsvorbereitungen für
sechs Ortslagen, die komplett, sowie drei Ortslagen, die teilweise
zur Verlagerung anstanden, bereits in vollem Gange, wovon Dreiskau-Muckern, Kieritzsch sowie Teile von Lindenthal im Ergebnis der
Entwicklungen ab 1989/90 letztendlich erhalten blieben. Dabei wurde
konstatiert:

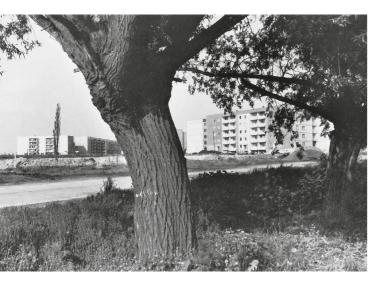




»Kohleersatzwohnungsbau« mit dem Standard der 1950er Jahre in Lucka (Landkreis Altenburg)

»Während mit den Ortsaussiedlungen im Zeitraum 1981–1985 vorrangig städtisch geprägte Siedlungssubstanz in Anspruch genommen wurde, die die Bereitstellung von Ersatzwohnungen an den Standorten des komplexen Wohnungsbaus rechtfertigte, so wird sich im Zeitraum 1987–1990 die Notwendigkeit des Ersatzwohnungsbaues in den ländlichen Siedlungszentren wesentlich erhöhen, da alle auszusiedelnden Ortslagen dörflichen Charakter haben.«

Folgerichtig sollten sich die Anteile zwischen dem Kohleersatzwohnungsbau in Plattenbauform (1981–1985 89%, 1986–1990 55%) und einem dezentralen landwirtschaftlichen und kreislichen Wohnungsbau (1981–1985 10%, 1986–1990 35%) deutlich verschieben. Zusätzlich sollte sich der Anteil der Eigenheime (1981–1985 1%, 1986–1990 10%) signifikant erhöhen. Letzteres entsprach immerhin einer absoluten Anzahl von 114 Anwesen, womit zugleich der zunehmenden Unzufriedenheit bei den Umsiedlungsbetroffenen begegnet werden sollte. Das neue Prinzip dahingehend, einen »Naturalersatz« in Form von Eigenheimen auf Fertighausbasis zu leisten, so, wie dies in der Spätphase der DDR etwa bei Verlagerung der Ortslage Schladitz bei Delitzsch erfolgte, war einerseits in seiner Herangehensweise durchaus progressiv. Damit konnte eine ländlich geprägte Siedlungs-



1986/1987 bebauter Standort des Kohleersatzwohnungsbaus für 120 Familien aus Schladitz in Rackwitz

weise erhalten und besser auf individuelle Anforderungen eingegangen werden. Andererseits lag die Grundproblematik von Anfang an darin, dass ein Naturalersatz die Baukapazitäten auf Bezirksebene auch angesichts der zeitgleichen Anforderungen des komplexen Wohnungsbaus in Form von Plattenbausiedlungen zumeist in Leipzig und in den Kreisstädten sowie der in der Hauptstadt Berlin zu leistenden »Aufbauhilfen« bei weitem überforderte. Insofern gelang es damit nicht annähernd, das Prinzip umfassend »in die Fläche zu übertragen«. Eine absolute Singularität bildete der Bau des Freizeit- und Erlebnisbads »Poseidon« in Markkleeberg-West in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre als Kompensation für bergbaubedingt weggefallene (Waldbad Lauer) bzw. im Zuge der Wiedernutzbarmachung nicht zustande gekommene Möglichkeiten für Badebetrieb und Schwimmsport (»Harthsee« im Waldgebiet der Neuen Harth).

Bei den Umsiedlungen war es üblich, diese auf der Grundlage von durch die Räte der Kreise beschlossenen Konzeptionen über »Arbeitsgruppen Bergbau« unter »umfassender Einbeziehung« von betroffenen Bürgern und Betrieben abzuwickeln. Zur Unterstützung der von der bergbaulichen Entwicklung betroffenen Bürger bereitete das Büro für Bergbauangelegenheiten, das auch für die Vor-Ort-Strukturen »Anleitung und Unterstützung« gab, 1986 »Regelungen zur komplexen Wahrnehmung der Verantwortung der örtlichen Staatsorgane« für den Rat des Bezirkes Leipzig zur Beschlussfassung vor. Dabei wurden alle Planungen und Realisierungen darauf ausgerichtet, dass eine Behinderung der bergbaulichen Aktivitäten in keiner Phase eintreten sollte.

In der Wendezeit wurden zunächst die weiter geschmälerten Immobilienerlöse, die sich wie im Fall von Breunsdorf für Häuser mit Hof und Garten zuletzt auf Größenordnungen von 15.000–20.000 Mark der DDR beliefen, zunehmend negativ reflektiert. Bestes Ackerland war üblicherweise mit Beträgen von 0,20 Mark der DDR pro Quadratme-

ter »entschädigt« worden. Vielfach wurde dies durch die Betroffenen als das Verschenken von Eigentum, als faktische Enteignung oder als Zwangsumsiedlung wahrgenommen. Hinzu kamen die Verwerfungen durch die Auswirkungen der am 1. Juli 1990 in Kraft getretenen Wirtschafts- und Währungsunion, da bei der Umstellung des vorhandenen Geldvermögens von Mark der DDR auf D-Mark – abgesehen von einem zudem altersabhängigen Grundsockel mit einem Umtausch 1:1 – ein Kurs von 2:1 zur Anwendung kam, der eine weitere Schmälerung der Vermögenssubstanzen bedeutete. Zugleich erlebten Dorfgemeinschaften binnen kürzester Zeit einen zweifachen Wechsel der Entschädigungsregularien von der DDR-Praxis der Vorwendezeit über demgegenüber deutlich verbesserte Angebote in einer Übergangsphase 1989/90 bis zum Wirksamwerden der Entschädigungsregelungen nach dem Bundesberggesetz mit dem Vollzug der Wiedervereiniqung Deutschlands am 3. Oktober 1990.

In der Praxis führte dies dazu, dass Umsiedlungsbetroffene, die ihr Eigentum frühzeitig abgegeben hatten, deutlich benachteiligt wurden. Gezahlte Nachentschädigungen - maßgeblich in Form von Wohngeld oder Mietzuschüssen - konnten die Ungerechtigkeiten zwar abmildern, aber nicht gänzlich beseitigen. Ein vollkommen neues Problem entstand dadurch, dass für einzelne Dörfer wie etwa Sausedlitz bei Delitzsch sowie Dreiskau-Muckern und Langenhain im Südraum Leipzig die bereits weit fortgeschrittenen Umsiedlungen nicht mehr zum Abschluss gebracht wurden. In Schladitz war die Ortsverlagerung abgeschlossen worden, ohne dass es zu einer nachfolgenden tagebaubedingten Flächeninanspruchnahme kam. In der Folge wurden zur Sicherung kommunaler und privater Entwicklungsperspektiven praktikable Regelungen zur Rückübertragung von Flächen von den zwischenzeitlich als Rechtsnachfolger der volkseigenen Kombinatsstruktur etablierten Vereinigten Mitteldeutschen Braunkohlenwerken AG (MIBRAG) erforderlich. Diese bestanden für den Nordraum Leipzig in einem Optionsvertrag zwischen Bergbauunternehmen und Landkreis und in Dreiskau-Muckern in einer Dorfentwicklungsgesellschaft, die für die Alteigentümer gleichermaßen ein Vorkaufsrecht für den Rückerwerb zu gleichen Konditionen sowie eine freie Vermarktung der verbleibenden Liegenschaften beinhalteten. In Röblingen bei Eisleben wurden zwölf rohbaufertige Eigenheime, die nicht mehr für eine Umsiedlung benötigt wurden, Beschäftigten aus dem Bergbauunternehmen und interessierten Dritten per Ausschreibung und auf der Grundlage von Wertgutachten angeboten, wobei die Preise für eine Doppelhaushälfte ohne Grund und Boden bei ca. 82.000 DM lagen, zu denen noch beträchtliche Fertigstellungskosten sowie die Grundstückspreise (ca. 10,00 DM/m²) kamen.

Nach 1990 verblieben mit Schwerzau und Hohenmölsen im heutigen Burgenlandkreis in Sachsen-Anhalt sowie mit Heuersdorf im heutigen Landkreis Leipzig im Freistaat Sachsen nur noch sehr wenige Ortslagen, für die eine **Umsiedlung unter den Randbedingungen eines fortzuführenden aktiven Bergbaus** zur Debatte stand. Dabei galten die Regularien des Bundesberggesetzes nunmehr ohne Einschränkungen – im Mittelpunkt der jetzt öffentlichen und transparenten Debatten standen eher das »Ob« und das »Wie« von Ortsverlagerungen, wobei die Aspekte der energiepolitischen Notwendigkeit, des Gemeinwohls, möglicher Handlungsalternativen sowie des »Sonderopfers«

Umsiedlungsbetroffener zugunsten der Allgemeinheit zunehmend in den Fokus kamen. Zwar boten dabei Debatten und Grundsatzaussagen zur Sozialverträglichkeit (ZLONICKY 1989) für das Rheinische Revier mit dem damals aktuellen Fallbeispiel Garzweiler erste Orientierungen. Dennoch wurde sehr schnell deutlich, dass die dort historisch gewachsenen Umsiedlungserfahrungen als »Blaupause« für die Situation in Mitteldeutschland nur sehr bedingt geeignet waren, da sich die Einkommens- und Vermögenssituation der Betroffenen gravierend unterschied (ARL [Hrsg.] 2000). Zudem kam das dortige Entschädigungsprinzip nach dem nachfolgenden Schema zum Tragen:

»Wer klug ist und gut verhandelt, bekommt viel.« (Im Umkehrschluss – Also ist uns der Dumme im Zweifelsfall als Verhandlungspartner lieber.)

In den neuen Bundesländern herrschte in dieser Zeit ein tiefes Misstrauen gegenüber Umsiedlungen, das in erster Linie auf die zu DDR-Zeiten gesammelten Erfahrungen, nicht eingehaltene Zusagen, Unsensibilitäten und Negativbeispiele in Kopplung mit nunmehr veränderten Wertmaßstäben zurückzuführen war. Entsprechend schwierig gestalteten sich die Debatten zur Thematik. Zwar gelang es bei der vergleichsweise überschaubaren Umsiedlung von Schwerzau 1993/94 noch recht unkompliziert, ein gutes Einvernehmen zwischen Bergbauunternehmen (anfangs noch die Mitteldeutschen Braunkohlenwerke AG als MIBRAG »alt«) und Betroffenen herzustellen und die seit sehr langer Zeit erste gemeinsame Umsiedlung im Revier auch mit Blick auf die Sozialverträglichkeit zu gestalten. Auch in Großgrimma gab es eine positive Entwicklung nach 1990 (BERKNER/KABISCH 1991). Weitaus schwieriger war die Situation dagegen in Heuersdorf, was nicht zuletzt auf ein Politikversagen auf Landesebene durch das Nähren von Hoffnungen auf einen Erhalt anstelle »klarer Botschaften« 1992/93 in Kombination mit einer gefühlten »mangelnden Fürsorge« zurückzuführen war.

Einen möglichen Lösungsansatz vermittelte der am 13. Dezember 1993 zwischen dem Land Brandenburg und der Lausitzer Braunkohle Aktiengesellschaft (LAUBAG) abgeschlossene Kausche-Vertrag, der nicht nur transparente und belastbare Rahmenangebote für die Umsiedlungsbetroffenen beinhaltete, sondern auch eine »Waffengleichheit« zwischen Unternehmen und Bürgern herstellte, um Letztere nicht der Verhandlungsmacht großindustrieller Akteure auszuliefern. Dies mündete in Verhandlungen zum Abschluss eines Heuersdorf-Vertrages, der am 19. Juni 1995 durch die Sächsische Staatsregierung, vertreten durch den Ministerpräsidenten, Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, sowie die MIBRAG mbH, vertreten durch die Geschäftsführer David O. Snyder und Gerd Spaniol, unterzeichnet wurde. Auch wenn die Gemeinde Heuersdorf bis zum Schluss eine Mitzeichnung verweigerte, bildete der Vertrag mit seinen »Festlegungen zugunsten Dritter« fortan die Grundlage für die Umsiedlung. Für Großgrimma wurden praktisch zeitgleich analoge Regelungen ausgehandelt, was auch dem Grundsatz der Gleichbehandlung entsprach. Die vollständige Fassung des Heuersdorf-Vertrages ist diesem Buch im Anhang beigegeben.

Die maßgebliche Innovation des Heuersdorf-Vertrages sowie der Regelungen zu Großgrimma bestand darin, dass erstmals in Deutschland das Umsiedlungsprinzip »Neu für Alt« und damit das Abgehen von bislang üblichen Kreditaufnahmeerfordernissen zur Schließung von Finanzierungslücken beim Erwerb oder bei der Errichtung neuer Immobilien festgeschrieben wurde. Damit sind vielfach geäußerte Besorgnisse zu einer Verschuldung – zudem aus nicht selbst zu verantwortenden bzw. zu beeinflussenden Gründen – wirksam entkräftet worden. Die maßgeblichen vertraglichen Regelungen bestanden in:

- einer wertunabhängigen Umsiedlungspauschale in Höhe von 150.000 DM (ca. 77.000 €) für alle Besitzer von Wohneigentum als Ausgleich für bergbaubedingt unterbliebene Werterhaltungen vor 1990.
- der Übernahme von Baunebenkosten bis zu 60.000 DM (ca. 30.000 €) durch den Bergbautreibenden und das Angebot von »Bauherrenmodellen« insbesondere für betagte Betroffene,
- einem Grundstückstausch wertgleich 1:1 zwischen altem und neuem Standort sowie angemessenen Entschädigungen für Aufwuchs und Nebengelasse,
- einer wertabhängigen Sachwertentschädigung der Anwesen mit Ermittlung durch unabhängige Sachverständige so, als ob der Bergbau als wertmindernder Faktor nicht existieren würde,
- der Beschränkung des Mietsatzes für 15 Jahre auf 3,30 €/m², ab einem Alter der Betroffenen von 65 Jahren auf Lebenszeit sowie
- alternativ einer gebündelten Bereitstellung des Äquivalents zu den Mietsubventionen in Höhe von 100.000 DM (ca. 51.000 €) als Eigenkapital für bauwillige Mieter.

Hinzu kamen Regelungen für ortsansässige Gewerbetreibende und Landwirtschaftsbetriebe sowie ein **Ausgleichsfonds**, um bei Einkommensschwachen – insbesondere Familien mit geringem Einkommen, Rentnern, altersbedingt Gebrechlichen, Schwerbehinderten, Alleinerziehenden oder Arbeits- und Erwerbslosen – sozialen Härten vorzubeugen.

Mit den vertraglichen Regelungen wurde das Grundanliegen, einer »sozialen Gerechtigkeit« und einer »Eigentumsgerechtigkeit« gleichermaßen zu entsprechen, umgesetzt (BERKNER 2001). Dies war insofern geboten, weil einerseits jeder Umsiedlungsbetroffene unabhängig von seiner Vermögenssituation Anspruch darauf haben sollte, eine neue Heimat ohne Neuverschuldung zu finden, wobei etwa für beträchtliche Wohnraumerweiterungen oder Vergrößerungen von Grundstücksflächen gegenüber der Ausgangssituation durchaus Eigenleistungen zu erbringen waren. Andererseits durfte keine »Gleichmacherei« bei einer unterschiedlichen immobilienbezogenen Vermögensmasse erfolgen - manche Eigentümer hatten über viele Jahre unter oft schwierigsten Bedingungen Zeit und Geld in Werterhalt und Komfortverbesserungen ihrer Anwesen investiert, was andere aufgrund der Umsiedlungsbedrohung unterließen. Folgerichtig zeigen sich die Differenzierungen auch an den Umsiedlungsstandorten oft in der Größe und Ausformung der neu geschaffenen Immobilien. So erhielten in der Gemeinde Großgrimma 18 Parteien Entschädigungen in Millionenhöhe, was mitunter die despektierliche Bezeichnung der »Umsiedlungsgewinnler« einbrachte.



Umsiedlungsstandort »Kirschallee« in Hagenest

Ein besonderes Phänomen im Zusammenwachsen von aufnehmender und neu anzusiedelnder Gemeinde bildete der »Sozialneid« dahingehend, dass die neuen Wohngebiete für die Umsiedlungsbetroffenen erschließungs-, bau- und ausstattungsseitig allen neuzeitlichen Standards auch auf lange Sicht entsprachen, während gleich nebenan diesbezüglich noch gravierende Defizite bestanden, deren Abbau mitunter finanzielle Eigenleistungen erforderte. Besonders heikel war dies an Standorten wie in Hohenmölsen oder auch in Regis-Breitingen, wo bereits seit Jahrzehnten Menschen aus bergbaubedingt zerstörten Dörfern in der Umgebung angesiedelt worden waren. In Hohenmölsen führte der »Kirchturmstreit« angesichts der geplanten Umsetzung des Grunauer Kirchturms zum Südhang und des gleichzeitigen Sanierungsbedarfs bei mehreren Sakralbauten im damaligen Stadtgebiet schließlich zum salomonischen letzten Beschluss des Großgrimmaer Gemeinderats zur Gründung der bis heute aktiven Kulturstiftung Hohenmölsen, wobei der für die Translozierung des Turms bereitgehaltene Geldbetrag als Stiftungskapital eingesetzt wurde. Inzwischen hat sich die Debatte längst erledigt. Architektonisch erwies sich die Einordnung von Gemeinschaftseinrichtungen wie dem Bürgerhaus, dem Agricola-Gymnasium mit Glückauf-Sporthalle und dem Busbahnhof an der Nahtstelle zwischen der »Altstadt« mit Rathaus, Markt und Kirche St. Peter und dem Südhang zudem als »integrativer Glücksgriff«, weil damit ein »aktiver Austausch« zwischen den Menschen in beiden Siedlungsgebieten unterstützt wurde.

Das nach Sachlage letzte Kapitel zu Umsiedlungen infolge des Braunkohlenbergbaus in Mitteldeutschland bildete die Ortslage **Pödelwitz**, wo der Impuls dafür 2008/09 von der Dorfgemeinschaft ausging. In der Folge kam es ab Januar 2010 zu einem Abstimmungsprozess zwischen MIBRAG mbH, der Stadt Groitzsch und den Pödelwitzer Bürgern mit Moderation durch den Herausgeber als Leiter der Regionalen Planungsstelle beim Regionalen Planungsverband Leipzig-Westsachsen, der nach einem zunächst geführten Vergleich zwischen den Szenarien »Bleiben« und »Gehen« schließlich in einen »Pödelwitz-Vertrag« und einen »Nachbarschaftsvertrag« mit Unterzeichnung durch das Bergbauunternehmen und die Kommune am 16. November 2012 mündete. Der Vertrag entsprach weitestgehend den Grundsätzen der Vereinbarungen zu Großgrimma und zu Heuersdorf, wobei punktuelle Weiterentwicklungen mit Blick auf zwischenzeitliche Veränderungen bei den Rahmenbedingungen erfolgten. Damit wurde er zur Handlungsgrundlage für die selbstbestimmte Umsiedlung von 120 Pödelwitzer Bürgern überwiegend zum »Schiefen Weg« nach Groitzsch, die bis 2016 praktisch abgeschlossen war. Auch wenn ein Abschluss der Umsiedlung der Ortslage angesichts der Festlegungen im Kohleausstiegsgesetz 2020 und der damit verbundenen Stilllegung des Kraftwerks Lippendorf spätestens Ende 2035 nicht mehr zustande kommt, weil von einem dies rechtfertigenden Kohlebedarf nicht mehr auszugehen ist, setzen die Regelungen des Pödelwitz-Vertrages hinsichtlich der fixierten Standards deutschlandweit Zeichen zur Gewährleistung sozialverträglicher Angebote für die Betroffenen, hinter die es künftig, aus welchen Veranlassungen für Umsiedlungen heraus auch immer, kaum mehr ein Zurückgehen geben kann. Der Vertrag ist gleichfalls Bestandteil des Anhangs im Buch.

Autor/Literatur: BKN - B36/D7/D18/K1/K10/R9/T1/U4/V24/W2/W12-AS24

## Umsiedlungsstandorte im Wandel der Zeiten – Ausformung und Gestaltung

Neben den materiellen Kompensationen bildete die Frage nach dem »Wohin«, verbunden mit der Ausformung und Gestaltung der Zielorte der Umsiedlungen von Anfang an einen Schwerpunkt, der maßgeblich darüber entschied, wie einvernehmlich oder konfliktträchtig sich derartige Prozesse gestalten. Da sehr oft die Bergleute selbst betroffen waren, ergaben sich in der Herangehensweise Synergien zwischen der Schaffung von neuem Wohnraum und Ersatzquartieren, wobei gemeinsame Umsiedlungen keine Erfindung der Neuzeit bildeten, sondern bereits ab den 1930er Jahren in Erscheinung traten. Mit der Zunahme der Anzahl der Betroffenen wurde es ab den 1950er Jahren üblich, größere Wohnungsbaustandorte vorzugsweise in den Kreis- und Kleinstädten in relativer Nachbarschaft zu den Ausgangsorten als Umsiedlungsstandorte zu entwickeln bzw. solche in vorhandene Baugebiete zu integrieren. Diese Entwicklung verstärkte sich in den 1970er und 1980er Jahren mit der Integration von »Kohleersatzwohnungen« in Plattenbausiedlungen beispielsweise in Leipzig-Grünau, in Wolfen oder in Borna-Ost. Parallel dazu kam es zu einer Rückbesinnung auf kleinere Umsiedlungsstandorte im ländlichen Raum wie in Großpriesligk bei Groitzsch oder in Schladitz, hier mit einem ansatzweisen »Naturalersatz« in Form von Einfamilienhäusern. Nach der Wende wurde die Entwicklung gemeinsamer Umsiedlungsstandorte wie für Schwerzau und Großgrimma als Angebot für die Betroffenen wieder zur Regel. Nachfolgend wird eine Skizzierung der Entwicklungen anhand von Fallbeispielen vorgenommen.

Bis zum Ende der 1940er Jahre blieben sowohl die Fallzahl als auch die Anzahl der Betroffenen im Zuge bergbaubedingter Umsiedlungen in Mitteldeutschland noch absolut überschaubar. Angesichts des seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert verbreiteten Zuzugs von Arbeitskräften aus dem gesamten Deutschen Reich und teilweise darüber hinaus entstanden vielerorts im Revier Bergarbeitersiedlungen mit

Anschluss an vormals dörfliche, landwirtschaftlich geprägte Ortslagen, die in der damaligen Zeit durchaus Maßstäbe hinsichtlich ihrer sozialen Standards setzten. Nicht zuletzt wurden damit die Anliegen verfolgt, die Stammbelegschaften jeweils in Werksnähe zu halten, um damit Arbeitswege zu verkürzen und auch in Havariefällen auf diese zurückgreifen zu können. In der Folge entstanden oft recht ansehnliche Siedlungsgebiete, die im Zeitgeist den damaligen Gartenstadtstrukturen entsprachen bzw. folgten. Ein herausragendes Fallbeispiel dafür war die zwischen 1915 und 1922 in der Tradition der englischen »Garden Cities« errichtete Kolonie Zschornewitz in unmittelbarer Nachbarschaft zum gleichnamigen Braunkohlenkraftwerk. Dabei wirkten mit Gustav von Mayenburg, Walter Klingenberg und Werner Issel namhafte Architekten ihrer Zeit mit. Typisch war das Durchsetzen der Wohngebiete mit Grünanlagen und Hausgärten. Weitere Beispiele für Werkssiedlungen bildeten Deutzen und Lobstädt/Großzössen bei Borna, Zipsendorf im Altenburger Land oder Neubiendorf im Geiseltal. Die Bergmann-Wohnstättengesellschaft mit Sitz in Borna oder die Bergmannswohnstättengesellschaft Meuselwitz-Rositz GmbH, beide 1920 gegründet, bewegten sich gleichfalls in diesem Rahmen.

Folgerichtig wurden in diesem Zeitraum mit Nachterstedt bei Aschersleben, Golpa bei Gräfenhainichen und Edderitz bei Köthen gleich drei tagebaubedingte Umsiedlungen, die jeweils mehr als 1.000 Menschen betrafen, nach dem Prinzip der »Gartenstädte« gestaltet. Während diese grundsätzlich progressive Herangehensweise bei der »Steinbruchsiedlung Golpa« zwischen 1939 und 1942 noch weitestgehend zur Umsetzung kam, verschleppten die Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs in den beiden übrigen Fällen die Verwirklichung, ohne das Grundprinzip aufzugeben. So wurde die Umsiedlung von Edderitz als regelmäßige Siedlungsneugründung auf der Grundlage des Bebauungsplans »Neu-Edderitz« ab 1938 abschnittsweise vorangetrieben, aber erst in den 1950er Jahren zum Abschluss gebracht. Ähnlich verlief die Entwicklung in Nachterstedt, wo die Umsiedlung

aus dem Altdorf bereits 1925 begann und der Neubaustandort gleichfalls nach einem Bebauungsplan unter entschiedenem Verweis auf das Gestaltungsprinzip einer »regelmäßigen Gartenstadt« erfolgte. Dabei wurden in den 1920er Jahren noch Bauten nach individuellen Wünschen in Anlehnung an die typische Bauweise am alten Standort realisiert, während später Typenbauten als Einzel-, Doppel- und Reihenhäuser mit Hausgärten, Schuppen und Stallanlagen zum Einsatz kamen. Nach 1945 wurden auch Gemeinschaftsbauten wie Rathaus, Schule, Klinik und Kulturhaus integriert. Eine Besonderheit sowohl in Edderitz als auch in Nachterstedt bildeten Kirchenneubauten in den Neudörfern, die in den schwierigen Zeiten der Nachkriegs- und frühen DDR-Jahre alles andere als selbstverständlich waren.

Auch bei etwas kleineren Umsiedlungen war es in diesen Zeiten noch üblich, kompakte Ersatzsiedlungen zu errichten, so wie dies für Witznitz in Borna zwischen der Abraumhalde und der Leipziger Straße in Form von Einzel-, Doppel- und Gruppenhäusern erfolgte. Eine absolute Singularität bildete Pirkau, wo unter der Regie der sowjetischen Militäradministration ab 1946 mit »Neu-Pirkau« eine in sich geschlossene Ersatzsiedlung mit sechs Höfen, zwei Einfamilienhäusern und sechs Mietwohnungen entstand. Maßgeblich veranlasst wurde das einerseits durch Verwüstungen nach den Bombardierungen 1944 im Altdorf und andererseits durch eine politisch beabsichtigte Zeichensetzung nicht zuletzt zur Befriedung der bis dahin komplizierten Akzeptanzsituation gegenüber der Umsiedlung. Auch wenn sich die Umsetzung unter den Bedingungen der Ressourcenknappheit der unmittelbaren Nachkriegszeit schwierig gestaltete, entstand in etwa zwei Kilometern Entfernung vom Ausgangsort eine Zeichen setzende Neubausiedlung, deren Erscheinungsbild in der Folgezeit allerdings durch landwirtschaftliche Funktionsbauten überprägt wurde.







Links: Umsiedlungsstandort Nachterstedt, Ortsmitte, 2021 Mitte: Umsiedlungsstandort Neu-Pirkau bei Nonnewitz Oben: Komplexes Wohngebiet in Braunsbedra



»Altneubaugebiet« in Pegau-Nord mit »Kohleersatzwohnungen« für Stöntzsch, 1965

In den 1950er und 1960er Jahren stiegen die Fall- und Betroffenenzahlen bergbaubedingter Umsiedlungen sehr rasch an, sodass das Prinzip gemeinsamer und in sich geschlossener Umsiedlungen sukzessive aufgegeben wurde. Stattdessen ging man in zunehmendem Maße zur Bereitstellung von Mehrfamilienhäusern wie etwa für Ruppersdorf in der Stadt Lucka oder als »Altneubauten« für Stöntzsch in Pegau-Nord über. Im Geiseltal erfolgte die Ansiedlung der umsiedlungsbetroffenen Menschen vor Ort in Braunsbedra und in Mücheln gleichfalls in »Altneubaugebieten« mit Integration der notwendigen Versorgungs- und sozialen Infrastruktur. Damit blieben die räumliche Nähe zu den Herkunftsorten der Umsiedler sowie die Dorfgemeinschaften wenigstens ansatzweise gewahrt bzw. erhalten, wobei mitunter auch Straßennamen (z.B. Stöntzscher Straße Pegau, Magdeborner Straße in Borna) identitätserhaltend wirkten. Zum für lange Zeit letzten Beispiel für einen geschlossenen Siedlungsneubau wurde Königsaue, wo ab 1965 für den in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerungsanteil ein neuer Ort »nach modernsten städtebaulichen Gesichtspunkten« mit Kindergarten und -krippe, Konsum-Verkaufsstelle, Gaststätte, Dorfgemeinschaftshaus mit Poststelle sowie Büroräumen für die LPG, später auch mit Polytechnischer Oberschule sowie mit Turn- und Mehrzweckhalle, errichtet wurde. Allerdings gelangte das Gros der Betroffenen ins »Königsauer Viertel« in Aschersleben und damit in den »komplexen Wohnungsbau«. Diese Entwicklung setzte sich in der Folge – bedingt durch weiter ansteigende Fallzahlen, die Bewältigung von einzelnen Umsiedlungen mit über 3.000 betroffenen Menschen (Magdeborn, Bösdorf/Eythra) und das Aufkommen der typischen Plattenbauten vom Typ WBS 70 - in den 1970er Jahren fort, indem eine zunehmende Fokussierung auf die Bereitstellung von »Kohleersatzwohnungen« zeitgerecht, in ausreichender Anzahl und mit den damals üblichen Standards zu verzeichnen war. Mit der Ansiedlung von rund zwei Dritteln der betroffenen Geiseltaler in Merseburg und mehr noch mit den Ersatzwohnungen für Magdeborn, Bösdorf und Eythra an verschiedenen Standorten in Leipzig ging schließlich fast jeder bauliche Bezug zur »alten Heimat« verloren, auch wenn sich das Zusammengehörigkeitsgefühl wenigstens für Teile der vormaligen Dorfgemeinschaften als erstaunlich widerstandsfähig erwies und punktuell bis heute fortlebt.



Plattenbauten im Dorf – Umsiedlungsstandort Großpriesligk (Stadt Groitzsch)

Wenigstens ansatzweise überzeugende Umsiedlungslösungen im ländlichen Raum kamen erst in den 1980er Jahren wieder zustande, indem in Großpriesligk bei Groitzsch ein neues, geschlossenes Wohngebiet für die »verlorenen Orte« in den Tagebaubereichen Peres und Groitzscher Dreieck sogar mit den betreffenden Straßennamen wenn auch als mehrstöckiger Wohnungsbau – entstand. Damit konnte zumindest ein dörfliches Wohnumfeld in räumlicher Nähe sowohl zu den Altorten als auch zur Kleinstadt Groitzsch mit ihren Versorgungsund Betreuungsangeboten gesichert werden. Eine vergleichbare Entwicklung war mit dem »LPG-gestützten« Ersatzwohnungsbau für Magdeborn in Liebertwolkwitz, heute Stadtteil von Leipzig, zu verzeichnen. Deutlich anders war die Entwicklung neuer Einfamilienhaussiedlungen oft auf Fertigteilbasis als »Naturalersatz«, so wie sie etwa für Schladitz und Kömmlitz im Nachbarort Rackwitz sowie für Dreiskau-Muckern und für Breunsdorf an verschiedenen Standorten in der Kreisstadt Borna, unter anderem am Dreiskauer Weg, praktiziert wurde. Allerdings sind die damals entstandenen Siedlungsteile heute kaum mehr mit einem konkreten Umsiedlungsbezug wahrnehmbar. Mitunter führen auch Siedlungsbezeichnungen in die Irre, so wie es beim Rackwitzer Baugebiet »Neu-Schladitz« westlich des Gemeindehauptorts der Fall ist, das erst nach der Wende entstand und nur etwa einen Kilometer östlich von Alt-Schladitz liegt, ansonsten aber keinerlei kausalen Bezug zur dortigen Umsiedlung aufweist. Hinzuzufügen ist, dass sich die Suche nach geeigneten Umsiedlungsstandorten in der Spätphase der DDR insbesondere aufgrund massiver Umweltbelastungen durch Rauchgase im Umfeld der Standorte der Braunkohlenveredlung (Brikettfabriken, Kraftwerke, Karbochemie), durch Altlasten und bergbaubedingte Hohlräume im Untergrund und in der Nachbarschaft sowie durch »Bergbauschutzgebiete« und weitere Untersuchungsflächen für einen künftigen Abbau zunehmend schwierig

Ein vollständiger Paradigmenwechsel kam erst nach 1990 zustande, als für die wenigen noch absehbaren bergbaubedingten Ortsverlagerungen in Mitteldeutschland – nicht zuletzt inspiriert durch die Erfahrungen aus dem Rheinischen Revier und gestützt auf Informationsfahrten insbesondere nach Garzweiler – das Prinzip geschlossener



Sonnesiedlung in Markkleeberg-West

und gemeinsamer Umsiedlungen wieder in den Vordergrund trat. Ein erstes Beispiel dafür bildete das Dörfchen Schwerzau bei Zeitz, das sich auch aufgrund seiner überschaubaren Größe als Experimentierfeld eignete. 1993/94 entstand hierfür ein neues Wohngebiet mit Anschluss an die Ortslage Draschwitz, heute Bestandteil der Gemeinde Elsteraue im Burgenlandkreis. Dabei wurde »Neu-Schwerzau« als Sackgassensiedlung parallel zur Bundesstraße B 2 mit Abschirmung durch einen Lärmschutzwall und mit einer anforderungsgerechten Mischung von Eigenheimen und Mietwohnungen errichtet. Damit wurde Schwerzau zur ersten Umsiedlung in Mitteldeutschland im Zuge des aktiven Braunkohlenbergbaus, die den mit der Wende üblich gewordenen Standards zur Sozialverträglichkeit weitestgehend entsprach.

Deutlich größer waren die Herausforderungen bei der Umsiedlung der Gemeinde Großgrimma, die auf einer Fläche von 28 Quadratkilometern aus sechs Ortsteilen mit rund 900 Einwohnern bestand. Entgegen der »reinen städtebaulichen Lehre« kam der Umsiedlungsstandort auf das beherzte intuitive Handeln der damaligen Bürgermeisterin von Großgrimma, Sabine Meinhardt, hin zustande. Im Ergebnis entstand in der ausgesprochen kurzen Zeit zwischen ersten Überlegungen 1991, dem ersten Spatenstich am 30. Juni 1995 und dem Abschluss der Umsiedlung 1998 ein kompaktes Wohngebiet, das als lebenswerte neue Heimat für die Großgrimmaer nicht nur über »innere Werte«, sondern mit den großzügigen Sportanlagen des SV Großgrimma e.V., einer Kindertagesstätte und einem Hotel mit Restaurant auch über Gemeinschaftseinrichtungen verfügt. Das Bürgerhaus, das Agricola-Gymnasium, die Glückauf-Sporthalle und der Busbahnhof wurden bewusst an der Nahtstelle zur »Altstadt« Hohenmölsen eingeordnet, um Funktionalitäten und Teilhabe aus beiden Richtungen zu befördern. Belebend wirken sich auch die kurzen Wege zum »Mölsener« Stadtzentrum mit Markt und Rathaus, den zahlreichen Einzelhandelseinrichtungen, der Kirche St. Peter und der Tourist-Information aus. Auch mit mehr als 20 Jahren Abstand kann die gefundene Lösung als Musterbeispiel und Glücksfall für die aufgenommene wie die aufnehmende Kommune gleichermaßen gelten.



Leipzig-Grünau, »neue Heimat« für Bürger aus Bösdorf, Eythra und Magdeborn

Schwieriger stellte sich die Ausgangssituation in Heuersdorf bei Borna dar, wo das 1995 im Heuersdorf-Vertrag verankerte Angebot zur Entwicklung eines gemeinsamen Umsiedlungsstandorts nach den Vorstellungen der Betroffenen zunächst nicht aufgegriffen wurde und es in der Folge zur Parallelentwicklung mehrerer Umsiedlungsstandorte kam. Nachdem im Vorfeld zu etwa zehn untersuchten Standortvarianten in der Region kein belastbares Einvernehmen gefunden werden konnte, kam erst 2003/04 mit der Erschließung des Wohngebiets »Am Wäldchen« in der aufnehmenden Stadt Regis-Breitingen Bewegung in die Angelegenheit. Mit der guten Anbindung an das vorhandene kleinstädtische Siedlungsgebiet bestanden hier gute Voraussetzungen zur Mitnutzung der vorhandenen Versorgungs- und Betreuungseinrichtungen. Regis-Breitingen verfügt auch über einen S-Bahn-Haltepunkt. Allerdings lag der Standort auf Kippengelände, womit er einem wesentlichen Suchkriterium für das Baugebiet eigentlich nicht entsprach. Der Standort verfügte über eine ausreichende Größe, um alle verbliebenen bauwilligen bzw. an einer Mietwohnung







Borna, Dreiskauer Straße, Ersatzquartiere aus den Jahren 1989/1990

interessierten Heuersdorfer aufnehmen zu können. Seine Entwicklung erfolgte als kompaktes, in sich geschlossenes Wohngebiet mit dem »Haldenwald« im Norden und der verlegten Pleiße im Osten als Begrenzungen. Als identitätsförderndes Element wurde der Dachreiter der Großhermsdorfer Taborkirche auf den zentralen Platz im Baugebiet umgesetzt. Zwei kleinere Gruppen von Heuersdorfer Bürgern gingen hinsichtlich ihrer gewählten Umsiedlungsstandorte eigene Wege, indem sich eine davon mit der »Kirschallee« für das ländlich geprägte Umfeld des Regis-Breitinger Ortsteils Hagenest entschied, während die andere den Standort »Heuersdorfer Straße« in der etwa zehn Kilometer entfernten Stadt Frohburg wählte. Die Emmauskirche fand mit ihrer Umsetzung in Borna ihre neue Position, und somit an keinem der drei Umsiedlungsstandorte.

Den Schlusspunkt der Entwicklung in Mitteldeutschland bildete der gemeinsame Umsiedlungsstandort für Pödelwitz am Schiefen Weg in der Stadt Groitzsch. Auch wenn diese Ortsverlagerung letzt-



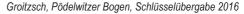




Schwerzau – erster gemeinsamer Umsiedlungsstandort nach 1990

lich unvollendet bleiben wird, hat hier über die Hälfte der Dorfgemeinschaft selbstbestimmt eine neue Heimat gefunden. Der Schiefe Weg mit dem »Pödelwitzer Bogen« bildet einerseits ein in sich geschlossenes Siedlungsgebiet, das nach Süden hin offen gestaltet ist. Andereseits liegt das Baugebiet in fußläufiger Entfernung zum Groitzscher Stadtzentrum zwischen Markt und Lindenplatz, sodass alle Einrichtungen der sozialen Infrastruktur sowie die Einkaufs- und Dienstleistungsangebote mitgenutzt werden können. Aus diesem Grund konnte von der Etablierung eigener Elemente der sozialen Infrastruktur für die Daseinsvorsorge abgesehen werden. Im Gebiet entstanden überwiegend Einfamilienhäuser sowie einige Mietwohnungen. Baulich auffällig ist im Unterschied zu Neu-Schwerzau und dem Südhang Hohenmölsen der Fakt, dass praktisch alle Eigenheime in Bungalow-Bauweise bereits mit Blick auf ein altersgerechtes Wohnen ausgeführt wurden.

Autor/Literatur: BKN - B9/M9/R25/V25-AS24





## Tagebaurandgemeinden im Mitteldeutschen Braunkohlenrevier – Niedergang und Revitalisierung

Die Tagebauentwicklung in dicht besiedelten Regionen wie dem Südraum Leipzig hatte nicht nur die Inanspruchnahme von ganzen Siedlungen oder von Siedlungsteilen und die damit verbundene Umsiedlung der Einwohner zur Folge. Die Tagebaue rückten auch nahe an bestehende Siedlungsräume, an die Tagebaurandgemeinden, heran. Diese erfuhren durch die Konfrontation mit dem Tagebaufortschritt umfangreiche unmittelbare und mittelbare Beeinflussungen. Im Folgenden werden zwei Prozesse näher beleuchtet: Zunächst werden die Erfahrungen der Gemeinden mit den Konsequenzen des herannahenden Tagebaus erläutert. Danach werden die Chancen der Revitalisierung von Gemeinden in der Bergbaufolgelandschaft anhand konkreter Beispiele diskutiert.

einer Landzunge existiert. Bus- und Bahnlinien der Direktverbindung nach Leipzig in nördlicher Richtung wurden vollständig gekappt. Nur in südlicher Richtung gelangen die Einwohner zu ihren Zielorten (KA-BISCH 1997).

Mit dem Herannahen der Tagebaugroßgeräte sahen sich die Tagebaurandgemeinden zunehmenden Lärm- und Staubbelastungen ausgesetzt. Diese beeinträchtigten die Wohnbedingungen über Jahre hinweg, womit die zeitliche Komponente Beachtung erfährt. Viele jüngere Einwohner entschieden sich zum Wegzug aus ihrem Heimatort, wodurch beträchtliche Einwohnerverluste zu registrieren waren. Zurück blieb die ältere Generation, die sich durch ihren Immobilienbesitz gebunden fühlte. Selbst wenn diese auch die Entscheidung zum Wegzug getroffen hätte, wäre ein Grundstücksverkauf fast nicht möglich

gen (Staub, Lärm) sowie Landschaftszerstörungen, Wertminderungen ihrer Grundstücke und soziodemografischen Einschlägen (Weggang der Jüngeren) beeinträchtigt. Ein vitales Gemeindeleben einschließlich Anstrengungen zur Dorferhaltung erfuhren dadurch erhebliche Einbußen. Die Wohn- und Lebensqualität sank. Hinzu kam, dass seitens der politischen Entscheidungsträger dieser lokalen Problemsummierung keine Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

Mit der Stilllegung der meisten Tagebaue im Verlauf der 1990er Jahre und nachfolgenden umfangreichen Investitionsprogrammen zur Sanierung der Hinterlassenschaften des Braunkohlenbergbaus in den neuen Ländern eröffneten sich Chancen zur Revitalisierung der Tagebaurandgemeinden. In Sachsen wurde im Landesentwicklungsplan festgelegt, dass in den Problemgebieten »Bergbaufolge-



Stadt und Tagebau Zwenkau (1996)

Kap Zwenkau und Zwenkauer See (2017)



Ortslage Auenhain, dahinter Abraumverkippung im Tagebau Espenhain, ca. 1995

Braunkohlenförderung im Tagebau ist mit einer räumlichen und einer zeitlichen Komponente verbunden. Sie rahmen die verschiedenen Einflussfaktoren der gemeindlichen Entwicklung ein. Die räumliche Komponente bezieht sich auf die ausgreifende Flächeninanspruchnahme im Großtagebau, die durch die Großgeräte-Fördertechnik und deren Bewegungsradius bedingt ist. Im Südraum Leipzig sind dadurch siedlungsleere Räume bis zu einer Ausdehnung von 40 km² - wie im Tagebaubereich Espenhain – entstanden. Ein vormals engmaschiges dörfliches und kleinstädtisches Siedlungssetz einschließlich eines weitverzweigten Straßen- und Wegesystems ist durch die großflächige Tagebauausbreitung zerrissen worden. Dadurch sind Landpfeiler mit Siedlungsbändern sowie Verkehrs- und Versorgungstrassen entstanden, die eine Zusammengehörigkeit mit noch existierenden vormaligen Nachbargemeinden verblassen ließen. Die reduzierten Verbindungslinien zu Nachbarkommunen schränkten Kontaktmöglichkeiten ein und erforderten einen größeren Zeitaufwand, um Zielorte zu erreichen. Ein Beispiel dafür ist die Kleinstadt Zwenkau, die aufgrund der Entwicklung des gleichnamigen Tagebaus faktisch nur noch auf gewesen, da aufgrund der Tagebaunähe der Grundstückswert massiv gefallen war. Hinzu kam der Umstand, dass eine Reihe von Tagebaurandgemeinden zeitweise oder andauernd auf gesetzlicher Grundlage unter »Bergbauschutz« gestellt wurde, um bei einer möglichen Änderung des Tagebauverlaufs doch noch beansprucht zu werden. Diese Entscheidung hatte zur Folge, dass Investitionen zur Erhaltung und Erweiterung der Wohn- und Nebengebäude und der Infrastruktur vor Ort unterblieben (LfUG 2004). Ein Leben mit dem aktiven Tagebau war ebenso unattraktiv wie die Nachbarschaft zum ausgekohlten Tagebau – zwar ohne Großgeräte, aber dafür mit einer »Mondlandschaft« mit Zutrittsverbot in unmittelbarer Nähe, die über Jahrzehnte auf ihre Sanierung und Wiedernutzbarmachung warten musste. Für die Vision einer Seenlandschaft hinter der Haustür in überschaubarem Zeitraum fehlte den Anwohnern zu DDR-Zeiten das Vorstellungsvermögen. Es gab kaum Orientierung gebende Beispiele.

Somit waren Tagebaurandgemeinden während des herannahenden und des aktiven Tagebaus und in der Folgezeit von Umweltschädigun-

landschaften« die Siedlungsgebiete eine besondere Förderung im Sinne einer Revitalisierung erhalten sollten. Eine Revitalisierung ist eine komplexe Erneuerungsstrategie, die aus einem besonders niedrigen Ausgangsniveau ortsbezogener Bedingungen, welche die kommunale Entwicklungsfähigkeit wesentlich beschränken oder gefährden, erwächst. Dazu gehören die Wiederbelebung der sozialen und städtebaulichen Strukturen, die Rückübertragung von Gemarkungsfläche an die Gemeinden und die Schaffung von wirtschaftlichen Lebensgrundlagen unabhängig von Kohleförderung und -verarbeitung. Dies verbindet sich in hohem Maße mit der Entstehung einer interessanten Bergbaufolgelandschaft in Hinsicht auf Natur und Erholung (KABISCH/LINKE 2000). Die grundlegende Verbesserung der Lebensbedingungen war mit den Hoffnungen auf alternative Erwerbsmöglichkeiten verbunden. Letztere sollten sich allerdings nicht so schnell erfüllen wie gehofft. Dennoch zeigten sich erste Erfolge in der Revitalisierung von einigen Tagebaurandgemeinden, sodass sie bald ersten Zuzug verzeichnen konnten. Damit wurde dort eine Stabilisierung des Bevölkerungsbestandes erreicht. Vor-Ort-Initiativen hinsicht-



Die Ortslagen Gaschwitz und Großdeuben mit tagebaubedingter Reduzierung auf ein Siedlungsband

lich Gemeinschaftsleben entstanden, sodass der lokale Wandel nach Jahren der Stagnation sichtbar wurde. Es zeigte sich, dass kurzfristig spürbar gewordene Verbesserungen in den alltäglichen Lebensbedingungen selbstverstärkend wirkten und den Revitalisierungsprozess eigenständig vorantrieben. Dabei sind die sozialen Potenziale, nämlich die Menschen vor Ort mit ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten, ihre gegenseitigen Unterstützungsnetzwerke und ihr Wille, ihr Wohn- und Lebensumfeld grundlegend aufzuwerten, entscheidend.

Die verschiedenen Tagebaurandgemeinden sahen sich unterschiedlichen Ausgangspositionen und Entwicklungschancen gegenüber. Der Grad der tagebaubedingten Beeinträchtigung war sehr unterschiedlich. Während sich einige Gemeinden gegen den Niedergang stemmten, waren andere an die Grenze ihrer Existenz geraten. Dabei spielten u.a. Merkmale wie privater Grundbesitz in Bauerndörfern im Unterschied zu Industriedörfern mit Mietwohnungsbestand ebenso eine Rolle wie die räumliche Nähe zu neuen Arbeitsplätzen. Wenn Pendlerdistanzen gut überwunden werden konnten, dann war dieser Wohnort wesentlich akzeptabler als eine weiter entfernte Gemeinde, deren Bewohner nur wenige Arbeitsplatzalternativen fanden. In Letzteren waren die Chancen einer Revitalisierung wesentlich geringer; die spürbare Verbesserung der Lebensbedingungen in einer geschrumpften Gemeinde nahm mehr Zeit in Anspruch. So sind verschiedene Typen von Tagebaurandgemeinden festzustellen. Diese sollen nachfolgend am Beispiel der Randgemeinden des Tagebaus Espenhain skizziert werden.

Um Revitalisierungspotenziale gemeindekonkret zu erkunden und diese zu systematisieren, erfolgte eine Untersuchung und Typisierung für die 14 Anliegerkommunen des Tagebaus Espenhain (KA-BISCH/LINKE 2000). Dabei wurden folgende Merkmale betrachtet:

- 1. die soziodemografische Struktur,
- 2. die wirtschaftliche Situation.
- 3. die Wohnbedingungen, Eigentumsstruktur und Wohnzufriedenheit,
- 4. die Versoraungsstruktur vor Ort.
- 5. die Erwartungen hinsichtlich der Bergbaufolgelandschaft und
- 6. die kommunal-administrative Situation.

Die Zusammenschau der verschiedenen Merkmalsausprägungen führte zur Identifizierung von drei Typen von Tagebaurandgemeinden:

- · die ländlich-dörflich geprägte Gemeinde,
- · die industriell überprägte Gemeinde und
- · der städtische Vorort.

In den ländlich-dörflich geprägten Gemeinden dominierte das Privateigentum an Gebäudebestand, Grund und Boden, für dessen Erhaltung so viel wie möglich privat investiert wurde. Ein Teil der Bewohner war in der Landwirtschaft beschäftigt, der andere in der Kohleindustrie. In ienen Gemeinden, die unter Bergbauschutz standen, war der Revitalisierungsbedarf besonders hoch. Hier konnten allerdings auch die größten Fortschritte erzielt werden. Das hohe Engagement der alten und neu zugezogenen Grundstückseigentümer, eine aktive Gemeindeverwaltung und die erfolgreiche Einwerbung von Fördermitteln führten zu sichtbaren Aufwertungen. Gegenseitige Unterstützung und Nachbarschaftshilfe begründeten ein funktionierendes Gemeinwesen, das eine positive Zukunftsvision vermittelte. Die Ortschaften erfuhren Zuzug durch junge Familien, auch aus der Großstadt, wodurch die soziodemografische Struktur sich positiv entwickelte. Die Entstehung der Bergbaufolgelandschaft mit dem Störmthaler und dem Markkleeberger See wurde von den Bewohnern der Anliegergemeinden mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Aus heutiger Sicht kann festgestellt werden, dass die Gemeinden Störmthal, Dreiskau-Muckern, Güldengossa oder Auenhain als Vorzeigebeispiele gelungener Revitalisierung gelten.



Schloss und Park Güldengossa, heute wieder Ortsmitte und Standort der Geiger Edelmetalle AG

Die industriell überprägten Gemeinden sind durch eine Bewohnerschaft charakterisiert, die vorrangig im Bergbau und der kohleverarbeitenden Industrie tätig war. Nach der Tagebauschließung und der Beendigung der Kohleindustrie sahen viele Einwohner dieser Gemeinden nur andernorts eine Perspektive. Zurück blieben eher Ältere und gering Qualifizierte, die mit Arbeitslosigkeit, zeitlich befristeten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Umschulungsangeboten konfrontiert wurden. Die Wohnbedingungen waren durch starken Sanierungsbedarf der dominierenden Mietwohnblöcke gekennzeichnet. Espenhain hatte außerdem mit der trennenden Wirkung der mitten durch den Ort führenden Bundesstraße 95 zu kämpfen, wodurch die Ausprägung eines Gemeinschaftsgefühls behindert wurde. Die weiteren industriell überprägten Gemeinden Großdeuben und Gaschwitz

Markkleeberg-Ost mit der Seepromenade am Markkleeberger See, 2018



waren noch zusätzlich durch ihre unmittelbare Lage zwischen den zwei Tagebauen Espenhain und Böhlen/Zwenkau beeinträchtigt. Im Unterschied zu den ländlich-dörflich geprägten Gemeinden besaßen sie praktisch kein tagebaufreies Hinterland. Damit trafen in diesen Gemeinden mehrere ungünstige Ausgangsbedingungen zusammen und überlagerten sich. Der Revitalisierungsprozess ging nur langsam voran und erreichte auch nicht eine vergleichbare Qualität wie in den dörflich-ländlich geprägten Gemeinden.

Die städtischen Vororte sind durch die räumliche Nähe zu Markkleeberg und Leipzig und durch die Tagebaurandlage gekennzeichnet. Diese Lagemerkmale führten dazu, dass die Bewohner stärker auf den Arbeitsmarkt in Leipzig als auf die Braunkohleindustrie orientiert waren. Deshalb blieben starke Arbeitsplatzverluste aus. Des Weiteren prägte privat genutztes und gepflegtes Wohneigentum das Ortsbild. Ein Niedergang der Siedlungsstruktur konnte so weitgehend verhindert werden, und der Revitalisierungsbedarf war vergleichsweise gering. Durch die Entstehung des Markkleeberger Sees in unmittelbarer Nähe zu den Ortslagen Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe und Großstädteln (westlicher Teil) gehören diese heute zu den begehrtesten, aber auch teuersten Wohnlagen im Leipziger Neuseenland.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Tagebaurandgemeinden einer oft mehrere Jahrzehnte andauernden, unfreiwilligen Nachbarschaft mit dem aktiven Braunkohle-Großtagebau und dessen Hinterlassenschaften ausgesetzt waren. Diese Sachlage beeinträchtigte die Entwicklung der Siedlungen und ihrer Bewohnerstruktur massiv. Ein schleichender Niedergang war für viele dieser Gemeinden die Folge. Erst mit der Stilllegung der Tagebaue sowie deren unverzüglicher Sanierung und Renaturierung nach 1990 erhielten Tagebaurandgemeinden eine Chance zu ihrer Revitalisierung. Die Ausgangsbedingungen waren für jede Gemeinde spezifisch, sodass es keine allgemein gültigen Handlungsanweisungen gab. Die genaue Analyse der Potenziale und Hemmnisse der Tagebaurandgemeinden lässt allerdings Systematisierungen zu, die übertragbare Erfahrungen und Lösungen anbieten. Die beschriebenen drei Typen sind ein Schritt in diese Richtung. Zentral ist die Erkenntnis, dass der Erfolg eines Revitalisierungsvorhabens entscheidend vom Engagement der Bürger vor Ort abhängt. Sie sind die entscheidenden Träger des Prozesses. Staatliche Fördergelder sind nötig, denn sie unterstützen den Revitalisierungsfortschritt, sie können ihn aber nicht dauerhaft stabilisieren. Dieser kann nur innerhalb eines gut funktionierenden kommunalen Gemeinwesens entwickelt und getragen werden.

Autoren/Literatur: KAB/BKN - B41/B42/K4/K5/K6

Brückenschlauch im Tagebau Espenhain mit Güldengossa und Störmthal 1996 und Störmthaler See 2013

